alhambra zeitung und programm

solidarisieren
organisieren
aneignen
weltweit!

mai / juni 2012

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
12. Juni 2012

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

recht auf stadt
Leeranstalt besetzt und geräumt 7

feminismus
Aufruf der FLIT*-Demo: Take back the night 9

1. mai
Aufruf der autonomen 1. Mai-Demo 12

antifaschismus
Über die jüngsten Nazi-Aktivitäten 15

antimilitarismus
Drei Oldenburger Antimilitarist_innen verurteilt 18
Prozesserklärung der Angeklagten 19
Polizeigewaltz bei Einweihung der Tucholskystraße 21

internationalismus
Kurdische Aufstände und Türkisierungspolitik 22

nachruf
Abschied von Ernesto Kroch 24

linke
Wer nur EIns sieht, übersieht unendlich viel 28

Ankündigungen 36

Editorial

Wie euch bestimmt schon aufgefallen ist, können wir mit Freude verkünden, dass in den letzten zwei Monaten in Oldenburg ziemlich viel los war, was sich auch in dieser Ausgabe sehen lässt. Als erstes möchten wir dem Haus Friedensbruch, das im Mai seinen ersten Geburtstag feiert, alles Gute zum einjährigen Widerstand gegen steigende Mieten und Bestehen als Ort für unkommerzielle Kultur wünschen. Die Notwendigkeit solcher Wohn- und Freiräume lässt sich vor allem daran messen, dass die Kaufpreise für Wohnungen und Grundstücke in Oldenburg in den letzten sechs Jahren um ganze 25% gestiegen sind. Es herrscht Wohnungsnot – besonders für Leute, die eben nicht über viel Kohle verfügen. Umso grandioser fanden wir die Besetzung der alten Osternburger Schule. Die Besetzer_innen stoßen dabei genau in die Kerbe des mangelnden sozialen Wohnraums.

Doch nicht nur hier passiert einiges: Die Auseinandersetzung um das rassistische Gutscheinsystem und um die Frage der Flüchtlingsunterbringung in der Stadt geht in die heiße Phase.

Die Antimilitarist_innen, die gegen das Bundeswehrkonzert demonstrierten, wurden verurteilt – legen allerdings Berufung ein. Und am 6. Mai gibt's schon die nächste ästhetische und kriegsverherrlichende Aggression auf dem Rathausmarkt mit hohem Aktionspotential.

Die Proteste gegen den NPD-Ratsherrn gehen weiter und die langsam übermütig werdenden (aber deswegen nicht weniger ernst zu nehmenden) Nazis wurden geoutet. Und dann steht ja jetzt noch der 1.Mai und für einige von uns auch die FrauenLesbenInterTrans*-Demo an, die leider terminlich mit dem Erscheinen dieses Blattes zuzsammenfallen. Und im Mai geht es weiter: Am 10. Mai gibt es in Oldenburg eine Kundgebung gegen die Deutsche Bank und die EUropäische Krisenpolitik, die nicht zuletzt auch eine Mobilisierungsaktion für die Blockupy-Proteste Mitte Mai in Frankfurt sein sollen. Und bei unseren Ankündigungen finden sich noch diverse Urlaubsperspektiven für diesen Sommer …

Viel Spaß mit dieser Ausgabe und revolutionäre Zeiten wünscht

eure Redaktion

M31: 6 000 bei Krisenprotesten

Frankfurt Auf der bundesweiten Demonstration im Rahmen des antikapitalistischen Aktionstages „M31" haben 6 000 Menschen gegen die neoliberale und autoritäre Krisenpolitik der EU demonstriert. Zeitgleich fanden in über dreißig europäischen Städten Demonstrationen und Besetzungen statt, u. a. in Madrid, Athen, Mailand, Zagreb, Wien, Uetrecht, Moskau und Kiew. Im Verlauf der Demonstration in Frankfurt kam es zu Farbbeutel- und Steinwürfen gegen den Sitz der aktuellen Europäischen Zentralbank (EZB), die Zentrale der Stadtpolizei, Leiharbeitsfirmen, und Yuppie-Einkaufsläden. Lange bevor das Ziel – die Baustelle der neuen Europäischen Zentralbank – erreicht wurde und kurz nachdem die Demo den Innenstadtbereich verlassen hatte, spaltete die Polizei einen Kessel von über 200 Antikapitalist_innen aus der Demo, die bis spät in die Nacht festgehalten wurden. Bald darauf musste die Demo aufgelöst werden. Im Anschluss demonstrierten noch einige Hundert Demonstrant_innen durch die Innenstadt und hinterließen Erinnerungen an die Auswirkung der Krisenpolitik am Frankfurter Römer, dem Arbeitsamt und an einigen Büro- und Geschäftsgebäuden. Trotz Polizeiübergriffen, dem verfehlten Ziel der Stürmung der EZB-Baustelle und der auf die Verletzung eines Polizisten fixierten Berichterstattung dürften die meisten Antikapitalist_innen mit einem guten Gefühl nach Hause gefahren sein. Schließlich hat Widerstand und – zumindest eine europaweite Vernetzung – hier erst begonnen.

Brandstiftung am Wagenplatz Querlenker

Bremen In der Nacht vom 22. auf den 23. März kam es auf dem Wagenplatz Querlenker um etwa 2:30 Uhr zu einer Brandstiftung. Unbekannte entzündeten einen Sperrmüllhaufen. Das Feuer zerstörte den dahinter liegenden Zaun auf einer Länge von etwa 10 Metern. Ein dahinter parkender LKW konnte in letzter Minute gerettet werden, wobei trotzdem ein Sachschaden an diesem entstand.

Der LKW befand sich in etwa zwei Metern Entfernung, eine Seite erhitzte sich so stark, dass der Lack abplatzte und die Isolation im Inneren schmolz, der Innenraum war komplett voller Rauch. Glücklicherweise befand sich niemand im LKW, da dies sehr wohl lebensgefährlich gewesen wäre. Durch die bis zum Bahnhofsvorplatz und noch weiter zu sehende Rauchsäule wurden auch Passant_innen auf das Feuer aufmerksam, was die Polizei und etwa 10 Minuten nach diesen auch die Feuerwehr auf den Plan rief. Diese verhinderte dann weiteres Übergreifen des Feuers.

Die Brandstiftung war nicht das erste Mal, dass es auf dem Platz zu Sachbeschädigungen von außen kam. So wurde zum Beispiel bereits vor zwei Monaten versucht, mit einem Kombi und einem Spanngurt mitten in der Nacht unser Eingangstor herauszureißen, was durch beherztes Eingreifen der Platzbewohner_innen verhindert wurde.

Einstellung im Mordverfahren

Frankfurt Am 19. Mai 2011 wurde die 39 jährige Christy Schwundeck im Jobcenter Gallus in Frankfurt am Main durch eine Polizistin erschossen. Vorausgegangen war ein Streit zwischen der in Nigeria geborenen und seit Mitte der Neunziger Jahre in Deutschland lebenden Frau und einem Sachbearbeiter des Jobcenters, welcher ihr die Barauszahlung von Hartz-IV-Leistungen verweigert hatte. Nachdem Frau Schwundeck sich geweigert hatte, die Arge ohne Auszahlung zu verlassen, wurden zwei Polizist_innen hinzugezogen, welche die Hartz-IV-Bezieherin zum Verlassen des Gebäudes veranlassen wollten. Im Zuge dessen zog Frau Schwundeck ein Messer. In dem folgenden Handgemenge zog sich der Polizeibeamte am Arm sowie im Bauchbereich Stich-und Schnittwunden zu. Daraufhin wurde aus einer Entfernung von etwa 2,5 Metern vom Flur aus auf die im Zimmer stehende Hartz-IV-Bezieherin geschossen, die mit einen Bauchschuß zu Boden ging und wenig später in der Klinik verstarb

Am 30. Januar wurde das Ermittlungsverfahren wegen Verdacht des Totschlags im Falle um Christy Schwundeck eingestellt. Die Staatsanwaltschaft begründet diese Entscheidung im Wesentlichen damit, dass sich nach Aus-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Zugeschickt:

„Anlässlich der in Kürze stattfindenden Zeitarbeitsmesse haben wir in der Nacht vom 16.03. auf den 17.03.2012 zahlreichen auf der Messe vertretenen Zeitarbeitsfirmen unsere Meinung kundgetan. Mit dieser Aktion wollen wir den Zeitarbeitsfirmen zeigen, dass diese hier nicht willkommen sind!

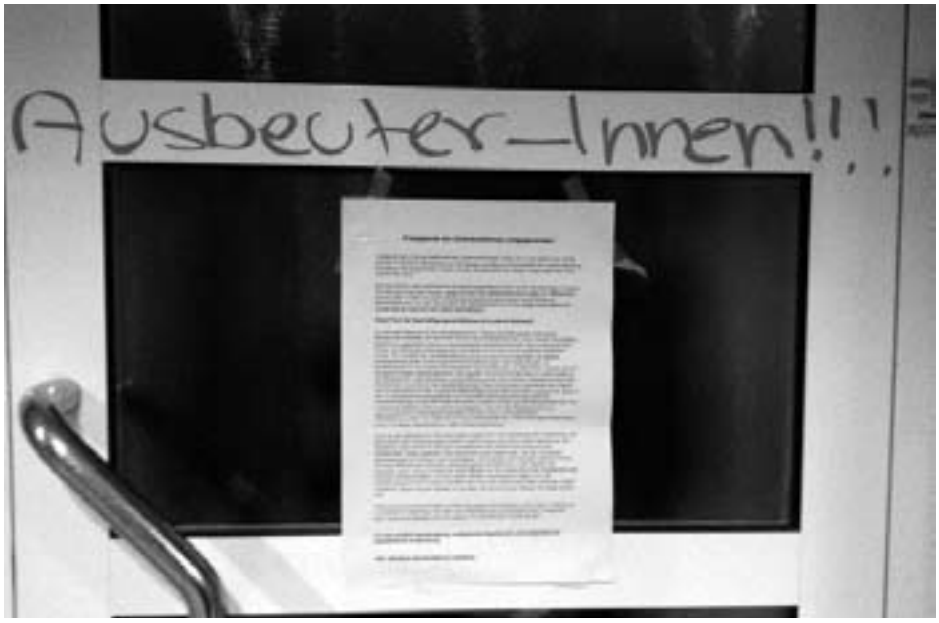
Seit der Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes 2003, durch die damalige rotgrüne Bundesregierung beschlossen, steigt die Zahl der Zeitarbeitsfirmen massiv an. Mittlerweile sind es über 11.500 und auch Oldenburg verzeichnet eine extrem hohe Dichte an Zeitarbeitsfirmen (ca.44). Die Anzahl der Zeitarbeitnehmer_Innen steigt kontinuierlich an. Zurzeit gibt es etwa 900.000 dieser Beschäftigten.

Diese Form der Beschäftigungsverhältnisse ist letztendlich moderne Sklaverei! Ein aktuelles Beispiel ist der Schleckerkonzern. Dieser hat 2009 große Teile seiner Belegschaft entlassen um sie direkt danach als Leiharbeitnehmer_Innen wieder einzustellen. Natürlich zu gekürzten Löhnen und schlechteren Arbeitskonditionen. Eine unmenschliche Praxis, die allerdings heutzutage weit verbreitet ist und sich immer größerer Beliebtheit erfreut. Ein Großteil der Leiharbeitnehmer_Innen ist von Armut betroffen, so bezieht beispielsweise jedeR achte ergänzende Sozialleistungen. Der Staat fördert und subventioniert so mit unseren Steuergeldern die Ausbeutung von Menschen. Zudem wird für die gleiche Arbeit unterschiedlicher Lohn gezahlt. Es kommt zunehmend zu einer Spaltung der Belegschaft in den Betrieben und der Bildung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft auf dem Arbeitsmarkt. Auch ist für die Leiharbeitnehmer_Innen keine feste Lebensplanung möglich, weil die Zukunft durch die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse ungewiss ist. Denn in dem im Kapitalismus zwangsläufig vorkommenden wirtschaftlichen Krisen, sind die Leiharbeitnehmer_Innen die Ersten die gehen müssen. Anders als es die Zeitarbeitsfirmen und neoliberale Politiker_Innen es gerne propagieren, sind von der Zeitarbeit nicht nur „geringqualifzierte“ Beschäftigte betroffen, sondern auch „hochqualifizierte“ Arbeitnehmer_Innen. So haben 62,5 % der Leiharbeitnehmer_Innen einen Berufsabschluss und 3,3 % einen Fachhochschul-oder Hochschulabschluss. Doch ist die Leiharbeit nur eine besonders krasse Form der kapitalistischen Ausbeutung, die letztendlich alle Lohnabhängigen betrifft. Diese Ausbeutung läuft in jedem Betrieb ab. Die Kapitalist_Innen zahlen für die Ware Arbeitskraft einen bestimmten Preis auf dem Arbeitsmarkt. Dieser gezahlte Preis refinanziert einen bestimmten Teil der Lohnarbeit, beispielsweise fünf Stunden Arbeit des Arbeitstages, die restlichen drei Stunden Arbeit an einem durchschnittlichen acht Stunden Arbeitstag gehen als Mehrwert in die Taschen der Kapitalist_Innen. Einem Großteil der Beschäftigten ist die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft nicht bewusst, Gewerkschaften und die meisten Medien thematisieren diese Form der Ausbeutung auch nicht. Daraus resultiert, die durch die neoliberale Politik nochmals massiv verstärkte, Verarmung der Massen zu Gunsten der herrschenden Klasse, die stetig reicher wird. Diese Aktion ist erst der Anfang. Auflehnung gegen die Ausbeuter_Innen hier in Oldenburg und weltweit ist notwendig! Wir rufen zum Widerstand auf! Solidarisiert euch! Organisiert euch! Lasst eure Belegschaft nicht spalten! Ihr habt Rechte! Fordert sie ein!

Für eine wirklich demokratische, solidarische Gesellschaft ohne Zeitarbeit und kapitalistische Ausbeutung!

-RDI- (Radikal demokratische Initiative)“

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++



wertung aller Zeug_innenaussagen kein hinreichender Tatverdacht bezüglich der Begehung einer Straftat ergeben habe. Vielmehr habe die Beschuldigte eine zulässige Notwehrhandlung gem. § 32 StGB vorgenommen.

Die Rechtsanwälte Thomas Scherzberg und Michael Koch vertreten den deutschen Ehemann bzw. Bruder der Getöteten. Sie haben inzwischen Beschwerde gegen die Einstellungsverfügung eingelegt. Die Initiative Christy Schwundeck setzt sich dafür ein, dass die Öffentlichkeit Transparenz und Aufklärung über die Umstände ihres Todes erhält. Zum ersten Todestag, den 19. Mai 2012, wird es in Frankfurt eine Gedenkdemonstration geben.

Weitere Infos auf Website der „Initiative Christy Schwundeck": http://initiative-christy-schwundeck.blogspot.de/

Deutschland, Niedriglohnland

Schland Nach einer jüngst veröffentlichten Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen verdienen acht Millionen Menschen, von denen die meisten einen Beruf erlernt haben, weniger als 9,15 Euro brutto pro Stunde; knapp 1,4 Millionen verdienen nicht einmal fünf Euro. 800.000 Vollzeit-Beschäftigte müssen von einem Monatslohn von weniger als 1000 Euro brutto leben. Die Niedrigverdiener_innen bekamen im Durchschnitt im Jahr 2010 6,68 Euro im Westen und 6,52 Euro im Osten. Demnach sind etwa 23 Prozent - fast ein Viertel der Beschäftigten - im Niedriglohnsektor tätig. Der Studie zufolge wuchs die Zahl der Niedriegverdiener_erinnen in 15 Jahren in den alten Bundesländern um 68 Prozent, im Osten dagegen nur um drei Prozent.

Die Studie besagt, dass Millionen Menschen im Staat der Krisenprofiteure von ihrer Arbeit mehr schlecht als recht leben können.

Gegen Abschiebungen und Dublin II

Berlin / Düsseldorf / Frankfurt / Hamburg / München

In fünf deutschen Flughäfen wurde am 30. April gegen die Abschiebepolitik der BRD und der EU demonstriert. An jedem Ort brachten mehrere hundert und insgesamt etwa 700 Menschen – zum Teil selber vom institutionalisierten Rassimus betroffen, zum Teil nicht – zum Ausdruck, dass sie sich nicht nur gegen EUropäische Abschottungspolitik und institutionalisierten Rassismus zur Wehr setzen, sondern auch die sogenannte Dublin II-Verordnung ablehnen. Dublin II ist die Regelung, die es den EUropäischen Regierungen ermöglicht, innereuropäische Abschiebungen durchzuführen. Auf dieser Grundlage werden Tausende Flüchtlinge mit Gewalt in die Länder der EU zurückgezwungen, die sie auf ihrem Fluchtweg gekreuzt ha-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

ben. Dort erwartet die Flüchtlinge oft Armut, Gewalt, Knast und Perspektivlosigkeit. Bei der Aktion in Hamburg setzte die Polizei Pfefferspray und Knüppel ein.

Abschiebungen stoppen!

„Belagerung" der Deutschen Bank gegen Landgrabbing

Bremen Auf dem Bremer Domshof haben vom 17. auf den 18. April 25 Aktivist_innen vor der Filiale der Deutschen Bank ausgeharrt. Die Protest-Aktion hatte mit rund 300 Teilnehmer_innen begonnen. Bei der Aktion wurde die Rolle der deutschen Bank in der Nahrungsmittelspekulation und beim Landgrabbing in den Vordergrund gestellt. Gleichzeitig ging es der Lokalgruppe von Afrique-Europe-Interact aber auch darum, sich allgemein mit den Protesten gegen neokoloniale Macht- und Ausbeutungsstrukturen, insbesondere in Mali, und den Sozialprotesten gegen die Krisenpolitik in Europa zu solidarisieren.

Die „Belagerung" war jedoch explizit nicht als Blockade geplant: Die Bank konnte weiter ihren Geschäften nachgehen – allerdings nicht, ohne dass alle Mitarbeiter_innen und Kund_innen mit den gravierenden Konsequenzen der Politik ihrer Bank konfrontiert wurden. Trotz eines reibungslosen Ablaufs der Aktion hat die Polizei angekündigt, einen Hauptverantwortlichen wegen der Nicht-Anmeldung anzuzeigen.

Mehr zum Hintergrund auf www.afrique-europe-interact.net

Stadtrat III: Proteste gegen Nazi im Stadtrat

Oldenburg Bei der dritten Stadtratssitzung seit der Wahl des NPD-Ratsherrn Ulrich Eigenfeld kam es erneut zu Protesten. Nachdem die brutale Räumung des Saales bei der vorherigen Sitzung durch die Poliezi ausgiebig kritisiert wurde, gingen die verschiedenen Fraktionen auf die Forderung des Forums gegen Rechts ein, dass alle Fraktionen ein klares und sichtbares Signal gegen Nazis aussenden sollten. Während die Linkspartei den Polizeieinsatz zutreffend als „unverhältnismäßig" bezeichnete, empfanden ihn die restlichen Parteien und der OB immerhin als „bedauerlich". Unisono beteuerten sie die Ablehnung der NPD, die Legitimität von Protesten und erklärten ihren beabsichtigten Umgang bei Wortbeiträgen des Faschisten. Ziemlich putzig war dabei der CDU-Fraktionsvorsitzende Olaf Klaukien, der mit kämpferische Pose verkündete, die CDU werde den Nazis „keinen Milimeter" weichen. Soll heißen: sie bleiben einfach mit ihren Hintern auf den Stühlen sitzen und tun ansonsten nichts – wohl eine christdemokratische Sitzblockade; ohne Blockade versteht sich.

Die etwa 100 anwesenden Antifaschist_innen im Publikum machten zunächst vor allem durch Transparente auf sich aufmerksam. Als sich jedoch Eigenfeld zu Wort meldet wird er von Parolen übertönt, die allerdings immer wieder absetzen, sodass die Hundertschaft vor dem Gebäude weiter Däumchen drehen kann. Die Ratsmitglieder machen ihre Ankündigungen wahr und halten Schilder und rote Karten hoch und … naja, führen ihre „Sitzblockade" durch. Der zweite Wortbeitrag des NPD-Kaders, der ebenfalls von lauten „Nazis Raus"-Rufen unhörbar gemacht wurde, führte zunächst zu einer Unterbrechung. Nach langen Diskussionen verließen anschließend ein Großteil der Antifaschist_innen die Pulbikumsempore unter lauten Rufen.

[zum Teil regentied]

Stadtrat IV: Antifa-Rhythmen und ein Glas Wasser

Oldenburg Auch die 4. Ratssitzung seit dem Einzug eines NPD-Mandatsträgers in das kommunale Parlament wurde von antifaschistischen Protesten begleitet. Am 19. März hatten sich etwa 60 Antifaschist_innen mit reichlich Transparenten auf den BesucherInnenrängen des PFL versammelt, um dem NPD-Ratsherrn Ulrich Eigenfeld auch diesmal keine ruhige und entspannte Ratssitzung zu gönnen.

Gegen halb Neun, beim Tagesordnungspunkt „Städtischer Haushalt" versuchte Eigenfeld dann tatsächlich kurz das Wort zu ergreifen – mit mäßigem Erfolg. Rhythmische, mit kleinen Trommeln begleitete Sprechchöre unter-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

brachen immer wieder seine Hetzrede, während alle Ratsfraktionen außer der CDU und der FDP-Gruppe im Plenarsaal auf verschiedenste Arten ihren Protest kundtaten. In der darauf folgenden Sitzungspause machte Eigenfeld dann noch Bekanntschaft mit seinem eigenen Wasserglas, welches sich wie durch Geisterhand (andere Quellen berichten auch von der Hand eines pfiffigen Antifas, welcher sich geschmeidig in den Saal geschlichen hatte) auf seinen Schritt entleerte. Der nasse Eigenfeld beklagte sich anschließend gar bitterlich beim Ratsvorsitzenden und bei den eingesetzten Ordnungsbeamten – gebracht hat das aber nichts. Im weiteren Verlauf der Sitzung bewegte sich der NPD`ler dann lieber nicht mehr von seinem Platz. Alles in einem also ein gelungener, wenn auch wenig spektakulärer antifaschistischer Protest. Mal sehen, was sich die Aktivist_innen für die nächste Sitzung im Mai überlegen werden. Es bleibt also spannend bei den noch kommende Ratssitzungen in diesem Jahr (21. Mai, 25. Juni, 16. Juli, 24. September, 26. November und 17. Dezember).

[regentied]

Rassistisches Gutscheinsystem abschaffen!

Oldenburg Am Samstag, den 17. März, machten sich rund ein Dutzend Menschen auf dem Weg zur Einweihung der neuen Feuer- und Rettungswache in Bürgerfelde, um mit lauten Parolen und mit Transparenten für die sofortige Abschaffung des Gutscheinsystems und gegen die rassistische Flüchtlingspolitik zu demonstrieren. Die Einweihung wählten sie als Anlass, weil der niedersächsische Innenminister (und repressiver Hardliner in Sachen Migrationspolitik) als Ehrengast geladen war.

Inzwischen hat Schünemann auf die am 27. Februar vom Rat der Stadt Oldenburg beschlossenen „Resolution zur Abschaffung von Wertgutscheinen" geantwortet. Wie nicht anders zu erwarten verteidigt er das rassistische Gutscheinsystem. In dem Antwortschreiben steht: „Es gilt, der Zielsetzung des Gesetzes gerecht zu werden und eine Anreizwirkung zur Einreise und zum Verbleib zu vermindern." Übersetzt also: Gutscheine verschlechtern die Lebenssituation von Asylbewerber_innen und Menschen mit dem Status einer Duldung. Das ist aus der Sicht Schünemanns zu begrüßen, weil er auf Abschreckung und Ausreise bzw. Abschiebung hofft.

Jetzt wird es spannend, ob die Stadt ihren großen Ankündigungen auch Taten folgen lässt. Zu vermuten ist, dass sich die Verwaltung jetzt auf formaljuristische Gründe zurückziehen wird, um das Gutscheinsystem weiter zu betreiben und einen Streit mit dem Rassisten aus Hannover zu vermeiden. Es ist zu hoffen, dass sich dabei nicht nur antirassistische Aktivist_innen, sondern auch die Fraktionen querstellen werden.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

LEERANSTALT BESETZT UND GERÄUMT

Am 5. April 2012 wurde die ehemalige Osternburger Grundschule in der Ekkardstraße von einer Gruppe junger Menschen besetzt und einige Stunde von der Polizei geräumt.

An dieser Stelle dokumentieren wir den Brief des Besetzer_innenkomitees an ihre Nachbar_innen:

Liebe Nachbar_innen!

am Donnerstag Abend (05.04.12) wurde die leer stehende Osternburger Grundschule in der Ekkardstraße von uns besetzt. Wir wollen nicht akzeptieren, dass bei der gegebenen Wohnungsnot in Oldenburg Gebäude weiter nicht genutzt werden und verfallen. Die Stadt, als Eigentümer, trägt in diesem Fall besondere Verantwortung. Wir wollen in diesem Haus ein Wohnprojekt für junge und jung gebliebene Menschen, abseits von wirtschaftlichen und anderen gesellschaftlichen Zwängen, entstehen lassen.

Kündigung wegen Aufwertung der Immobilie, isoliertes Wohnen am Stadtrand, langes Warten auf eine Sozialwohnung, das sind alltägliche Probleme mit denen viele junge Menschen in unserer ach so schönen Stadt zu kämpfen haben. Mehrere tausend registrierte Wohnungssuchende bei der GSG und eine Leerstandsquote für Wohnraum von unter einem Prozent in Oldenburg sprechen für sich. Steigende Energie und andere Lebenshaltungskosten tun ihr übriges.

Wir sind ein Kollektiv junger Menschen, die nicht länger über die Hälfte ihrer Einkünfte für ein meist viel zu kleines Zimmer ausgeben wollen. Wir möchten unser Leben selbst verwalten und die Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, gemeinsam nutzen. Wir sind uns unserer Verantwortung, welche aus der besonderen Lage (Grundschule, Kindergarten etc.) resultiert bewusst, und wollen ein aktiver Teil unserer Nachbarschaft werden. Um dieses zu erreichen laden wir sie zu einem lebendigen und dauerhaftem Dialog ein. Wir laden Sie hierzu herzlich zu einer Besichtigung der Räumlichkeiten und einem anschließenden Zusammenkommen am Sonntag zwischen 15 und 18 Uhr ein.

„Urban, modern und sexy“ soll Oldenburg nur für diejenigen sein, die es sich leisten können. Dem wollen wir etwas entgegensetzen. Statt einer weiteren Yuppie-Boutique, einem Zeitarbeitsbüro oder so „erfolgreichen“ Projekten wie den Schlosshöfen, wollen wir einerseits nicht-kommerzieller Kultur einen Ort geben, sei es ein bezahlbares Kino, Konzerte, einfach einen warmen Ort zum Rumsitzen, ohne den Zwang sich jede halbe Stunde einen sauteuren Café Latte zu bestellen. Andererseits wollen wir aber auch offene Werkstätten oder soziale Zentren, in dem Selbstorganisierung von unten stattfinden kann, schaffen. Vor allem wollen wir aber einen Wohnraum erkämpfen, in dem wir zentral wohnen und solidarisch miteinander Leben organisieren können.

Wir fordern die Stadt auf von einer Räumung abzusehen und uns sowohl die Nutzung des Hauses als auch die des Strom- und Wasseranschlusses möglich zu machen.

Wenn Wohnungsnot ein Problem ist, dann ist Leerstand ein No-Go.

Mit freundlichen Grüßen,

Kollektiv Leeranstalt

www.leeranstalt.blogsport.de

Demo gegen Räumung und Wohnraummangel

Am Dienstag (10.4.) nach der Besetzung (und Räumung) der ehemaligen Osterburger Grundschule versammelten sich um die 60 Menschen gegen 18 Uhr in der oldenburger Innenstadt um gegen die Räumung der Leeranstalt und gegen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu demonstrieren. Die unangemeldete Demo zog mit lautstarker Unterstützung der Sambagruppe „Rhythms of Resistance" vom Lefferseck durch die Fußgänger_innenzone zum Rathaus. Dort hielten die Demonstrant_innen eine Kundgebung ab. Nach einem Redebeitrag machte sich der Demozug auf den Wegzum Alhambra und durchquerte dabei lautstark die Schlosshöfe.

TAKE BACK THE NIGHT

AUFRUF ZUR FRAUEN LESBEN INTER TRANS*- DEMO

Unter dem Motto *Take back the night* werden wir am 30. April auf die Straße gehen. Wir nehmen uns in dieser Nacht im Privaten und in der Öffentlichkeit den Raum, der uns im Alltag durch die Angst vor sexualisierten Übergriffen und durch verbale und körperliche Anmachen verwehrt wird.

Wir wollen die Freiheit, uns zu jeder Zeit, an jedem Ort zu bewegen, ohne dabei auch nur widerlich angeglotzt zu werden!

Wir kämpfen für die Freiheit jedes einzelnen Menschen, das Geschlecht selbst zu wählen, sein Begehren frei zu leben und auszusehen wie er_sie will. Keinen Zwang zur Zweigeschlechtlichkeit, weg mit Heteronormativität und der Normierung von Körpern!

Aufgrund des sexistischen Normalzustands und der Tatsache, dass rund 99% der Täter Männer sind, verwenden wir bei Tätern ausschließlich die männliche Form. Damit wollen wir diejenigen, die betroffen von Gewalt durch Frauen sind (z.B. in lesbischen Beziehungen) nicht weniger wichtig nehmen und machen dies durch diese Anmerkung sichtbar.

Kennst du das?

- Auf der Straße, im Verwandten- oder Bekanntenkreis bekommst du anzügliche Kommentare/Blicke wenn du körperbetonte oder kurze Kleidung trägst.
- Deine Kollegen auf der Arbeit reißen sexistische Witze.
- Auf einer Party greift dir jemand im Vorbeigehen an die Brust oder an den Hintern oder dein Gegenüber fasst dich immer wieder an, obwohl du ihn bereits weggeschoben hast.
- Dein Gegenüber geht davon aus, dass du mehr willst, nur weil du ihn geküsst hast und macht einfach weiter, ohne zu fragen oder darauf zu achten, wie du reagierst
- Verwandte, die dich beim Begrüßen oder Verabschieden ohne zu fragen auf Wange oder Mund küssen
- Dein Partner „überredet" dich heute doch mit ihm zu schlafen, auch wenn du offensichtlich keine Lust hast.

Sexualisierte Gewalt beinhaltet sexistische Sprüche, Blicke und Anmachen die so alltäglich sind, dass sie oft gar nicht als Gewalt gesehen werden und "normal" erscheinen oder sogar als Kompliment verstanden werden. Aber sexualisierte Gewalt beginnt dort wo wir in unserer Freiheit eingeschränkt werden – z.B. wenn wir bestimmtes Verhalten, Kleidung, Orte oder Situationen meiden, in der Hoffnung nicht belästigt zu werden.

Das Motiv für sexualisierte Gewalt ist nicht „triebhafte" Sexualität, sondern Macht. Sexualität wird funktionalisiert, um Frauen und Mädchen zu unterdrücken und zu demütigen, mit dem Ziel sich selbst als mächtig zu erleben.

Täter sind selten Fremde. Besonders bei sexueller Belästigung und Vergewaltigungen stammen sie zu 90% aus dem sozialen Umfeld der Betroffenen. Es sind z.B. Freunde, Bekannte, Partner und Ehemänner, Väter, Brüder, Kollegen...

Sexualisierte Gewalt wird zwar auch von Unbekannten in der Öffentlichkeit ausgeübt, doch das Bild vom „fremden Mann nachts im Park" wird auch als Mittel verwendet, mit dem Frauen und Mädchen eingeschränkt und abhängig gemacht werden, da sie sich z.T. nur in Begleitung sicher fühlen können.

Wir wollen uns frei bewegen – immer und überall!

Es ist wichtig, sich auch in vermeintlich unbedeutenden Situationen zu wehren und keine blöden Sprüche, Anmachen oder Berührungen zuzulassen, die wir nicht wollen. Wahrscheinlich kennen wir aber auch alle die Ohnmacht, die uns in solchen Situationen überfällt und uns nicht handeln lässt. Deshalb ist es genau so wichtig, andere zu unterstützen, wenn wir das Gefühl haben, dass jemand ihre Grenzen überschreitet und sie nicht reagieren können weil sie überrascht, geschockt, schüchtern betrunken oder einfach überfordert sind.

„Nicht jetzt!" -„Vielleicht später" -„Ich bin nicht sicher" - „Ich wäre jetzt lieber alleine" - „Fass mich nicht an!" - „Ich mag dich wirklich, aber..." - „Lass uns einfach schlafen" - „Du bist / ich bin betrunken" - zögern, unsicher sein, nichts machen – all das heißt NEIN!!! Nur JA heißt JA!

„Mein kurzer Rock geht dich ‚n Scheiß an!"

Im April 2011 gab es in Kanada den ers-

ten Slutwalk. Anlass dafür war die Aussage eines Polizisten: „Frauen sollten sich nicht wie Schlampen kleiden, um nicht Opfer von sexualisierten Übergriffen zu werden." („women should avoid dressing like sluts in order not to be victimized."). Der Protestwelle schlossen sich tausende Menschen auf der ganzen Welt an. Sie demonstrierten oft ganz bewusst in aufreizender Kleidung gegen Vergewaltigungsmythen, die Verharmlosung von sexualisierte Gewalt und Sexismus. Denn es ist totaler Quatsch anzunehmen, dass sich Frauen gegen sexuelle Belästigung schützen könnten, indem sie sich unauffällig kleiden! Selbst wenn wir es könnten: Die Verantwortung, sexualisierte Übergriffe zu verhindern liegt nicht bei uns. Wir fordern, dass Männer sich kritisch mit patriarchalen Strukturen auseinandersetzten und dass sie sexualisierte Gewalt von ihrer Seite aus verhindern.

Wir haben es satt, in einem System zu leben, das sexualisierte Übergriffe und Belästigungen verharmlost, legitimiert und den Betroffenen die Schuld gibt!

Chaos statt Geschlechterordnung!

Nicht nur verbale und körperliche Übergriffe sind Gewalt. Eine Gesellschaft, die Menschen zwingt Frau oder Mann zu sein und die nicht-heterosexuelle Lebensweisen abwertet, ist gewalttätig.

Mit Trans*- bzw. Homo*phobie* ist die nicht anerkennende oder ablehnende Haltung gegenüber lesbischen, bisexuellen, schwulen Personen bzw. Trans*menschen gemeint. Mit Trans*- bzw. Homo*feindlichkeit* meinen wir diskriminierendes, verbal und körperlich gewalttätiges Verhalten ihnen gegenüber. Wir wehren uns gegen jede Form von Homo- und Trans*feindlichkeit! Wir finden es zum Kotzen, dass ständig das Gefühl vermittelt wird „anders" zu sein; dass abwertende Blicke, blöde Sprüche, körperliche Gewalt oder rechtliche Diskriminierung und die Willkür von Behörden an der Tagesordnung sind.

Lesbisch, bi oder schwul lebende Menschen werden oft, wenn sie ihr Begehren offen leben, gewaltvollen Erfahrungen ausgesetzt. Nicht heterosexuelle Lebensweisen werden begleitet von lebenslang wiederkehrenden „Coming-Outs". Wäre es nicht schön, wenn es keine „Coming-Outs" mehr gäbe, sondern alle Lebenskonzepte gleichwertig wären und LesBiSchwule sowie Trans*- und Inter*personen nicht mehr als „anders" betrachtet würden?

Eine Studie ergab, dass 78% aller befragten Trans*personen bereits Übergriffe im öffentlichen Raum erlebt haben. Doch nicht nur dort erfahren Trans*personen Gewalt, sondern auch, wenn sie von staatlicher Seite in ihrem Wunschgeschlecht offiziell anerkannt werden wollen und dafür eine Änderung des Personenstands anstreben: Psychologische Begutachtungen, in denen intimste Details erfragt werden, Gutachterinnen und Gutachter, die nach persönlichem Gutdünken entscheiden ob das Gegenüber ihren Vorstellungen von weiblich oder männlich entspricht.

Dem setzen wir entgegen: Jeder Person ihr Recht auf Selbstdefinition und körperliche Unversehrtheit!

Aber nicht nur Menschen die außerhalb der Zweigeschlechternorm leben werden dem Normierungszwang unterworfen. Auch die Vorstellungen davon, wie „Männer“ und „Frauen“ auszusehen haben, bieten nur wenig Raum für Selbstdefinition.

„Mein Körper gehört mir!“

In Werbung und Medien wird uns ein künstliches Bild weiblicher Schönheit vorgesetzt, was es anzustreben gilt. Das gesellschaftlich konstruierte Ideal des Frauenkörpers gleicht dem einer Puppe: schlanke, straffe, enthaarte Körper und gebräunte, glatte Haut. Dabei werden von Frauen zur Perfektion ihrer Erscheinung extreme Maßnahmen verlangt: von figurbetonter Kleidung über vermeintliche Selbstverschönerung durch Schönheitsoperationen bis hin zu mörderischen Diäten. Immer mehr wird das Idealbild der weiblichen Schönheit von übertrieben sexueller und erotischer Ausstrahlung definiert. Frauen müssen sexuell anziehend wirken und sollen das auch so wollen. Diese Verknüpfung von Weiblichkeit und Erotik wird in Werbung und Medien vorgegeben. Schlanke, vollbusige und zeigefreudige Frauen sollen als Vorbild für die moderne Frau dienen.

Aber diese sexualisierte Kultur ist kein Zeichen für die Befreiung der Frau oder für weibliches Selbstvertrauen!

Wir haben sexistisch-pornografische Darstellungen von Frauen in der Öffentlichkeit satt! Es ist uns herzlich egal, wie die Gesellschaft unsere Körper will! Wir wollen aussehen, wie wir wollen, ohne dabei Kommentaren, Blicken oder sonst einer Scheiße ausgesetzt zu sein!!

Immer noch Patriarchat, immer noch dieselbe Scheiße!

101 Jahre Frauenkampftag: Viel gekämpft, viel erreicht und trotzdem leben wir nach wie vor in einem beschissenen Patriarchat, das heißt in einem gesellschaftlichen System, das den Geschlechtern unterschiedliche Rollen, Werte und Machtpositionen zuweist. In einem System der Dominanz von Männern über Frauen. In einem System, das vielfältige Sexualitätsentwürfe und mehr Geschlechter als „Frau“ und „Mann“ nicht zulässt. In diesem Patriarchat und diesem Kapitalismus gelten weitgehend unterschiedliche Arbeits- und Lebensbereiche: Frauen sind überwiegend für das Private, Männer für die Vollzeit-Erwerbsarbeit zuständig. Frauen wird weniger Lohn gezahlt, sie erledigen unbezahlt Hausarbeit, Kindererziehung, Alten- und Krankenpflege. Dadurch verfügen vor allem Männer über wirtschaftliches Kapital, die politische und militärische Macht. Und natürlich ist klar, welche Arbeit mehr wert ist...

Feuer und Flamme dem Patriarchat! Kampf dem Sexismus im Alltag, bei der Arbeit und im Staat!

Uns ist bewusst,dass wir in diesem Aufruf die Schubladen von „Frauen“ und „Männern“ nicht auflösen, sondern benutzen. Doch so lange das Patriarchat als Herrschaftsform existiert, können wir nicht darauf verzichten, Kategorien zu benutzen, die verdeutlichen, dass mit diesen Schubladen Herrschaftsverhältnisse beschrieben werden, deren Abschaffung unser eigentliches Ziel ist.

Wider der „Bürde des weißen Mannes“

Mit dem Label „Frauenrechte“ wird viel Unfug getrieben. So wird z.B. der Krieg in Afghanistan mit der „Befreiung der afghanischen Frau“ gerechtfertigt. Das hat nichts, aber auch gar nichts mit unserem Verständnis von Feminismus zu tun. Abgesehen davon, dass sich die Situation der Frauen in Afghanistan nach eigenen Aussagen seit der Besatzung durch die „westlichen“ Armeen verschlechtert hat, steht hinter dem Krieg und der Besatzung vor allem die Idee, Transport- und Handelswege von Rohstoffen zu sichern. Die Ausbeutung Afghanistans zu Gunsten des „westlichen“ Wohlstands soll dadurch gewährleistet werden. Wir haben keinen Bock, uns vor den Karren neokolonialer Interessen spannen zu lassen! Wir sind der Meinung, dass sich die FrauenLesbenInterTrans* in aller Welt nur selbst befreien können – wir halten nichts von der „Bürde des weißen Mannes“, einer Argumentation, die schon im Kolonialismus „Frauenrechte“ als Rechtfertigung kolonialer Herrschaft angeführt hat. Hingegen solidarisieren wir uns mit Kämpfen von FrauenLesbenInterTrans* weltweit.

Für uns ist nicht alles erreicht, wenn wir ein paar mehr Rechte für uns (dass heißt vor allem für weiße, aus der mittleren Klasse kommenden FrauenLesbenTrans) erkämpft haben. Wir wollen nicht ein Stück vom Kuchen, sondern die ganze Bäckerei – und zwar für alle! Sexismus ist dabei nicht das einzige Herrschaftsverhältnis, gegen das wir kämpfen – denn das Patriarchat geht Hand in Hand mit Kapitalismus und Rassismus – und alle diese Herrschaftsverhältnisse müssen überwunden werden, wenn wir jemals in einer emanzipatorischen Gesellschaft leben wollen.

Wir sind FrauenLesbenInterTrans*, die sich ihr selbstbestimmtes Leben erkämpfen, wo es uns verwehrt wird. Und auch wenn die Umstände, mit denen wir jeden Tag zu kämpfen haben, äußerst widrig sind: wir sind stark, wir sind zornig und lassen uns nicht unterkriegen!

solidarisieren...

Seit 2008 befindet sich der Kapitalismus in einer Krise – sie ist nicht die erste und wird auch nicht die letzte bleiben. Die Krise bringt mit äußerster Brutalität zu Tage, was schon immer Bestandteil des Systems Kapitalismus war: massive Privatisierungs- und Sparmaßnahmen verursachen vor allem in Südeuropa die Verarmung breiter Bevölkerungsteile. Renten- und Lohnkürzungen, Obdachlosigkeit, die Ausweitung des Zeitarbeitssektors und die damit einhergehende Umverteilung von unten nach oben sind nur einige der Folgen.

Anstatt sich in rassistischer Manier über die „Pleite-Griechen" aufzuregen, müssen wir uns bewusst werden, dass der Wohlstand der Bundesrepublik auch auf der Verschuldung Griechenlands fußt.

Es ist dieselbe kapitalistische Elite, die in Griechenland Sparprogramme durchdrückt, Proteste niederknüppeln lässt und hier in der BRD Hartz IV-Gesetze verschärft. Wie sollen wir dieses System jemals abschaffen können, wenn wir nicht aufhören, uns gegenseitig zu bekämpfen?

AUFRUF
AUTONOMER 1. MAI
SOLIDARISIEREN — ORGANISIEREN
ANEIGNEN — WELTWEIT

Diese Unzumutbarkeiten kennen wir jedoch nicht erst seit der aktuellen Krise, sie durchziehen schon lange den Alltag vieler. Sei es ein Wirtschaftssytem, das nicht das Allgemeinwohl, sondern die Bereicherung einiger weniger zum Ziel hat. Einschnitte im Arbeitsalltag, Lohndumping, und die Unsicherheit, ob morgen der eigene Arbeitsplatz noch sicher ist, sind für viele traurige Realität. Sei es die Spaltung der Gesellschaft in bessere und schlechtere Menschen, die zu Hause genauso zu spüren ist wie auf der Straße oder am Arbeitsplatz. Wenn hier nicht-weiße Menschen rassistischen Anfeindungen ausgesetzt sind oder Flüchtlinge in Sammelunterkünften auf dem ehemaligen Fliegerhorst leben und anstelle von ausreichend Bargeld zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes lediglich Wertmarken bekommen. Wenn Nazis mordend umher ziehen und Verfassungsschutz, Polizei, Medien und Politik so tun, als gäbe es keinen rassistischen Hintergrund.

Wenn die NPD genug Stimmen bekommt, um in den Stadtrat einzuziehen. Wenn Frauen weniger Geld für die gleiche Arbeit erhalten, in der Disco angeglotzt und angegrapscht oder im trauten Heim vom Ehemann verprügelt werden. Wenn FrauenLesbenInterTrans*-Demos angegriffen und Menschen dabei verletzt werden. Wenn Menschen keinen Bock haben, sich als Lohnsklaven zu verdingen und sich dann anhören müssen, dass sie Sozialschmarotzer sind und von der ARGE drangsaliert werden. Wenn ein Farbanschlag auf den jüdischen Friedhof immernoch bittere Realität ist. Wenn Homosexualität als abartig oder krankhaft bezeichnet wird.

Diese Aufzählung ließe sich leider noch um ein Vielfaches erweitern. Wenn diesen Ungerechtigkeiten auch unterschiedliche Herrschaftsverhältnisse zu Grunde liegen, so gehen Rassismus, Kapitalismus und Patriarchat doch Hand in Hand und haben die Absicherung der Herrschaft einer weißen, männlichen Klasse, die zudem noch über den Großteil der finanziellen Mittel verfügt, zum Ziel. Alle, die nicht dieser herrschenden Klasse angehören, sind auf unterschiedlichste Art von diesen Herrschaftsverhältnissen betroffen. Es liegt an uns allen, jedes dieser Probleme zu erkennen und uns, auch wenn es auf den ersten Blick nichts mit uns zu tun hat, mit den Anderen zu solidarisieren und die einzelnen Kämpfe zusammenzuführen. Das muss auch heißen, die eigene Stellung im System zu hinterfragen, eigene Privilegien zu erkennen und bereit zu sein, sie abzugeben – zu Gunsten einer Gesellschaft, in der Menschen nicht mehr unterschiedlich viel „wert" sein werden. Wir werden diese Missstände nur beseitigen können, wenn wir gemeinsam gegen sie vorgehen und zeigen, dass wir uns nicht spalten lassen oder auch nur einen dieser Unterdrückungsmechanismen jemals hinnehmen werden.

organisieren...

Der Alltag ist für die meisten Menschen alles andere als einfach. Um mit den Problemen nicht allein zu bleiben und um diesen Missständen lautstark und entschlossen etwas entgegensetzen zu können, müssen wir uns zusammenschließen. Dies ist oft gar nicht so einfach. Die Meisten sind in der Lohnarbeit verstrickt, die zu viel Zeit und Energie klaut. Viele haben Kinder und

SO RADIKAL WIE DIE WIRKLICHKEIT

versuchen, sich so gut sie können um sie zu kümmern. Schule, Studium oder Ausbildung fressen ebenso einen Großteil der zur Verfügung stehenden Zeit. Und wenn wir schon etwas Zeit erübrigen können, wollen wir es uns ja nun auch gerne ein wenig gut gehen lassen. Manchmal fällt es schwer, aufzustehen, die eigene Stimme zu erheben, Aktionen zu organisieren, und den herrschenden Verhältnissen ins Gesicht zu spucken. So will also auch der Widerstand gut vernetzt und organisiert sein. Schüler_innenvertretung, gemeinsame Kinderbetreuung, Voküs, Arbeitslosenselbsthilfe und andere Formen der gegenseitigen Unterstützung und Bündelung der eigenen Kräfte sind hier ein erster Ansatz.

aneignen...

Die Entwicklung dieser Gesellschaft, dieser Welt, zu einer, in der alle solidarisch zusammenleben können, wird nicht reibungslos passieren. Haben doch nahezu alle Menschen Privilegien, die sie verteidigen werden. Geschenkt wird uns in diesem Kampf nix. Deshalb müssen wir den Mut haben, uns zu nehmen, was uns sowieso gehört, um die Verteilung von Reichtum ein Stück weit gerechter zu machen. Wenn sich die Erwerbslose das viel zu teure Biobrot nimmt, ohne es zu bezahlen, dann nennen sie das Diebstahl. Wenn FrauenLesbenInterTrans* in Oldenburg nachts in der Innenstadt demonstrieren, um sich zumindest kurzfristig einen kleinen Freiraum von dummen Anmachen und Patriarchat anzueignen, dann nennen sie das Nötigung. Wenn Jugendliche, die wegen „Aufwertung der Immobilie" aus ihrer Wohnung geflogen sind, sich Wohnraum aneignen, indem sie ein Haus besetzen, dann nennen sie das Hausfriedensbruch. Wir nennen es Aneignung – und sehen darin einen kleinen Schritt in Richtung gutes Leben für alle! Wir erkämpfen uns dieses Leben, ob wir nun die öffentlichen Plätze in unserer Stadt besetzen oder die Grenzen um Europa niederreißen, um uns frei bewegen zu können. Zu klein sollten wir da nicht denken, denn am Ende soll ja schließlich nichts weniger, als eine befreite Gesellschaft für alle stehen, und zwar...

...weltweit!

Auch wenn die Gegebenheiten hier alles andere als rosig sind, müssen wir uns vor Augen halten, dass wir das Glück haben, in dem Teil der Welt zu leben, der einen verhältnismäßig großes Maß an Wohlstand und Sicherheit bietet. Und das nur, weil der globale Norden, insbesondere die großen Industrienationen, seit Jahrhunderten ihren Reichtum aufrechterhalten können, indem sie den Süden ausbeuten. Erst funktionierte dies durch rigorose Kolonialisierung und damit einhergehender Unterdrückung und Verklavung. Heute durch die weiter bestehende wirtschaftliche Ausbeutung und Unterstützung von repressiven Diktaturen und Oligarchien. Diese sind Handlanger von Konzernen und Staaten des globalen Nordens, die die Bevölkerungen auspressen, sich selbst bereichern, das Land rauben und ohne Skrupel die Natur zerstören lassen. Deshalb gilt es auch und gerade hier den Mund aufzumachen, um sich mit den Kämpfen vor Ort zu solidarisieren! Wir haben keinen Bock, dass für den Kaffee den wir hier trinken, Menschen auf den Plantagen verrecken.

Alle, die wie wir für ein gutes Leben für alle kämpfen wollen, die keinen Bock mehr haben, würdelos am Existenzminimum rumzukrebsen, die keinen Bock haben ihrem_r Vermieter_in jeden Monat die sowieso knappe Kohle in den Rachen zu werfen; alle, die genug davon haben, täglich auf dem A-Amt oder der Ausländerbehörde schikaniert zu werden, die keinen Bock mehr darauf haben immer nach der Laune ihres_r Vorgesetzten zu springen, die keinen Bock mehr haben, jeden Tag wahnsinnigem Leistungsdruck in Schule oder Uni ausgesetzt zu sein, rufen wir auf, mit uns am 1. Mai auf die Straße zu gehen! Wir wollen den herrschenden Verhältnissen etwas entgegensetzen und uns aktiv in die Prozesse in Oldenburg einmischen. Und zwar so radikal, wie es die Wirklichkeit verlangt!

Oldenburg:
Über die jüngsten Nazi-Aktivitäten

In Oldenburg kam es in den letzten Wochen vermehrt zu Aktivitäten einer kleinen Gruppe von Neonazis. Neben Propagandaaktionen und dem Farbanschlag auf den jüdischen Friedhof ereignete sich nun auch ein körperlicher Übergriff durch die Neonazis.

In diesem Artikel sollen die jüngsten Ereignisse kurz skizziert und die wichtigsten Akteure der aktiven Oldenburger Naziszene benannt werden.

Vergangenen Samstag wollten Neonazis aus Oldenburg, Hude und Wilhelmshaven am Naziaufmarsch in Münster teilnehmen, scheiterte aber bereits an der Anreise und musste unverrichteter Dinge wieder umkehren. Nachmittags in Oldenburg angekommen, zog die Gruppe Parolen rufend durch die Straßen, ehe sie von engagierten Bürger_innen konfrontiert wurde. Einem verbalen Schlagabtausch folgte körperliche Gewalt – die Neonazis attackierten einen Mann und flüchteten anschließend in zwei Gruppen in Richtung Innenstadt bzw. Oldenburg- Osternburg. Die Polizei konnte jedoch den Großteil der Nazis stellen.

Im Anschluss traf sich die Gruppe um Robin Sudbrink, Erik Bruhn (beie Hude), Julian Klein (Oldenburg) und Jens Malte Hillers (Wilhelmshaven) bei dem Wohnort des ebenfalls an der Tat beteiligten Daniel Gawenda in Osternburg. Antifaschist_innen, die innerhalb kurzer Zeit mobilisiert werden konnten, sammelten sich vor der Wohnung Gawendas. Den eingeschüchterten Nazis blieb nichts weiter übrig, als sich in der Wohnung zu verbarrikadieren, die Polizei zu rufen und sich mit dem Auto abholen und in Sicherheit bringen zu lassen.

Dieser Vorfall reiht sich ein in die jüngsten Ereignisse. Vermeintlich bestärkt durch den Einzug des NPD-Manns Ulrich Eigenfeld in den Oldenburger Stadtrat, versuchte der jüngere Teil der NPD-Oldenburg, auch außerhalb des Rates auf sich aufmerksam zu machen.

Aktivitäten

Regelmäßig treffen sich die Neonazis, die in der NPD organisiert sind, aber auch schon das Label „Kameradschaft Oldenburg“ für sich nutzten und sich teilweise als „Autonome Nationalisten“ definieren,am Wochenende, um Sticker und Plakate zu kleben. Meist auf der Strecke zwischen dem Bahnhof und dem Wohnhaus von Daniel Gawenda am Gleisweg sowie im Stadtteil Osternburg sowie in der Innenstadt ist die Gruppe regelmäßig unterwegs. Ge-

(v. l.) Robin Sudbrink, Erik Bruhn, unbekannt, Lyzian Bankmann (o.), Daniel Gawenda (u.), Christian Schneeweiß

schickt stellen sich die „Revolutionäre“ dabei meist nicht an, des öfteren wurden sie schon von der Polizei oder von Antifaschist_innen aufgegriffen.
Auch kommt es seitens der Nazis regelmäßig zu Pöbeleien und Drohungen gegen alternative Wohnprojekte, die sich auf dem Weg der Gruppe durch die Stadt befinden.

Große mediale Aufmerksamkeit erlangte eine Aktion dieser Nazigruppe, die Ende November 2011 stattfand. In der Nacht wurde der jüdische Friedhof mit Farbbeuteln beworfen und ein sich zufällig in der Nähe aufhaltender Polizist, der eingreifen wollte, mit Pfefferspray attackiert.

Während des kurz darauf stattfindenden antifaschistischen Stadtteilspaziergangs traf sich die Gruppe Neonazis unter Bewachung der Polizei bei Daniel Gawenda und harrte der Dinge.

In der Folge der Ermittlungen wegen des Anschlags durchsuchte die Polizei 6 Wohnungen bei 5 Neonazis im Alter zwischen 18 und 25 Jahren. Während sich die Oldenburger NPD hastig von dem Anschlag distanzierte, stellte sich heraus, dass vier der fünf Beschuldigten Mitglieder der neonazistischen Partei sind. Bei den Durchsuchungen, die in den Landkreisen Oldenburg, Ammerland und Oldenburg-Stadt stattfanden, wurden unter anderem Sturmhauben, Teleskopschlagstöcke, Pfefferspray und Messer gefunden.

Weiterhin beteiligt sich besagter Zusammenhang regelmäßig an den Stammtischen der NPD-Oldenburg und nahm an neonazistischen Aufmärschen, z.B. in Bremen (April 2011), Braunschweig (Juni 2011) und Bad Nenndorf (August 2011) teil.

Kontakte und Vernetzungen

Der Kern der Oldenburger Nazigruppe kommt aus der Kleinstadt Hude, die sich im Oldenburger Umland befindet. Zunächst orientierten sich die Neonazis Robin Sudbrink und Erik Bruhn in Richtung Wilhelmshaven und schlossen sich der militanten „Anti Antifa Aktionsgruppe“ um den Brandstifter Christian Schneeweiß an. Dieser wurde inhaftiert, nachdem er einen Brandanschlag auf eine Moschee in Sittensen (Kreis Rotenburg/Wümme) verübte. Die „Anti-Antifa-Aktionsgruppe“ Wilhelmshaven versuchte, durch massive Einschüchterung und körperliche Gewalt Zonen der Angst für alle zu errichten, die nicht in das Weltbild der Neonazis passen.

Nachdem Christian Schneeweiß nach mehreren Suizidversuchen, bei denen er teilweise mit einer Waffe drohte, in psychiatrische Behandlung eingewiesen wurde, schlossen sich Robin Sudbrink und Erik Bruhn den Oldenburger Nazistrukturen an.

Vernetzungen bestehen hauptsächlich zu der ostfriesischen Kameradschafts- und NPD-Szene, aber auch nach Delmenhorst und in den Raum Bremen.

Protagonist_innen

Erik Bruhn (22) aus Hude wohnte bis vor kurzen in Wehnen (Landkreis Ammerland), wo er in der Karl-Jaspers-Klinik eine Ausbildung absolvierte. Im Zuge der Hausdurchsuchungen, von denen eine auch in der Klinik stattfand, verlor er seinen Ausbildungsplatz und zog wieder nach Hude. Seine aktuelle Meldeadresse ist die Straße „Hogelied 13“. Ebenfalls in Hude, in seinem Elternhaus im Bremer Weg 2a, wohnt Robin Sudbrink.

Bruhn und Sudbrink sind bei sämtlichen Aktionen der Oldenburger Naziszene anzutreffen. Sie definieren sich als „autonome Nationalisten“ und werden regelmäßig beim versuchten Plakatieren und Kleben von Stickern gesehen. Weiterhin beteiligen sich beide oft an Provokationen vor alternativen Wohnprojekten und von ihnen missliebigen Personen. Auch im Kontext des oben beschriebenen Übergriffs befanden sich Sudbrink und Bruhn in der Personengruppe der Nazis.

Bei allen Aufmärschen, die im Jahre 2011 in der Nähe von Oldenburg stattfanden, waren Sudbrink und Bruhn anwesend: In Bremen (Apil 2011), Braunschweig (Juni 2011) und Bad Nenndorf (August 2011).

Beide beteiligen sich aktiv an den Aktivitäten der NPD-Oldenburg, besuchen die monatlich stattfindenden Stammtische und unterstützten den Wahlkampf durch Plakatieren und die Unterstützung an Infoständen.

Beiden Neonazis wird eine Beteiligung an dem Farbanschlag auf den jüdischen Friedhof vorgeworfen.

Ebenfalls aus Hude stammt Lyzian Bankmann. Der junge Neonazi, wohnhaft im Lilienweg 7, organisierte sich bereits im Jahr 2009 bei den Delmenhorster „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), der Jugendorganisation der NPD, die in Delmenhorst besonders durch den Schulterschluss mit den militanten „autonomen Nationalisten“ auffiel. Bank-

mann unterstützte den Wahlkampf der NPD-Oldenburg durch die Beteiligung an Infoständen und nahm mit den Oldenburger Nazis am Aufmarsch in Bad Nenndorf im August 2011 teil.

Aus Metjendorf (Wiefelstede) bei Oldenburg stammt Sven Alisch. Der in der Feuerwehr Metjendorf engagierte Neonazi wohnt am Georg-Bruns-Ring 22a und beteiligte sich ebenfalls am Naziaufmarsch in Bad Nenndorf (August 2011) und am Wahlkampf der NPD-Oldenburg. Auch bei den monatlichen Stammtischen der Nazipartei wird er gesehen.

Bindeglied zwischen der aktionistischen „Parteijugend" und den älteren NPD-Mitgliedern ist der 1990 geborene Daniel Gawenda aus Oldenburg-Osternburg. Gawenda ist bereits seit 2006 für die neonazistische Partei aktiv und pflegt gute Kontakte zur Parteispitze um Stützpunktleiter Eckhard Aden (45) und Ulrich Eigenfeld (64). Im Laufe der Jahre übte Gawenda mehrere Funktionen aus. So war er beispielsweise Webmaster und Kopf der sogenannten „Nationalen Jugend Oldenburg" und Vorsitzender des sogenannten NPD-"Ortsbereichs" Oldenburg.

Die Wohnung von Daniel Gawenda, der am Gleisweg bei seiner Mutter wohnt, dient regelmäßig als Treffpunkt für die aktive Naziszene. So trafen sich die Neonazis dort während des antifaschistischen Stadtteilspaziergangs nach dem Farbanschlag auf den jüdischen Friedhof. Auch nach dem Übergriff von vergangenem Wochenende flohen die Nazis zu Gawenda.

Bei den wochenendlichen Klebe- und Plakatiertouren ist der Treffpunkt ebenfalls die Wohnung Gawendas. Auch hier wurde die Polizei nach dem Farbanschlag auf den jüdischen Friedhof vorstellig.

Fazit

Die aktive Oldenburger Naziszene ist überschaubar, aber motiviert. Regelmäßige Beteiligungen an Aufmärschen, Plakatier- und Klebeaktionen, Provokationen und Übergriffe – Die Nazis versuchen, in die Offensive zu gehen. Es ist an uns allen, dies zu verhindern.

Antifa Oldenburg

Nachtrag:

Am 9. März 2012 kam eine große Gruppe von Antifaschist_innen am Haus von Daniel Gawenda (Gleisweg 1) zusammen. Sie verteilte weiträumig Outing-Flugblätter über Gawenda in die Briefkästen der Anwohner_innen, besprühte eine Hauswand und entschwand unter lautstarken Parolen wieder.

(v.l.) Jens Malte Hillers, Christian Schneeweiß, Erik Bruhn, Robin Sudbrink

DREI OLDENBURGER ANTIMILITARIST_INNEN VERURTEILT

Am 16.04. 2012 wurden drei Oldenburger Antimilitarist_innen zu zweimal 40 und einmal 45 Tagessätzen verurteilt. Ihnen wurde von der Staatsanwaltschaft sowohl der Tatbestand des Hausfriedensbruchs sowie der fahrlässigen Körperverletzung vorgeworfen. Die Antimilitarist_innen hatten am 20. Juni 2011 beim „Benefizkonzert" der Bundeswehr Big Band, welches im Rahmen des Oldenburger Kultursommers auf dem Rathausmarkt stattfand, vom Dach von Galeria Kaufhof ein Transparent mit der Aufschrift „töten – tröten – trösten?! Soldaten sind Mörder!" herabgelassen und das Konzert mit Feuerwerk und Tröten massiv gestört. Der Tatbestand der fahrlässigen Körperverletzung leitete sich aus einer angeblichen Verletzung eines Jungen ab, dessen Mutter angab, dass dieser von einem Teil der Feuerwerks getroffen wurde. Obwohl die vermeintliche Verletzungen des Jungen, welche aus einer roten Stelle an der Schulter bestand, lediglich von der Wahrnehmung der Mutter bestätigt wurde, sahen sowohl das Gericht als auch die Staatsanwaltschaft den Tatbestand der Körperverletzung bestätigt und dass trotz durchaus widersprüchlicher Aussagen.

Während des Prozesses gab der Polizei-Einsatzleiter Norbert Münch an, wie erfolgreich und intensiv die antimilitaristischen Proteste in Oldenburg, vor allem gegen Bundeswehrpropagandaveranstaltungen, geführt würden. Diese aus unserer Sicht sehr lobenden Worte, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass trotz einer sehr widersprüchlichen und wackeligen Beweislage die Antimilitarist_innen verurteilt und ihr legitimer Protest kriminalisiert wurde.

Trotz alledem verwiesen die Antimilitarist_innen auf die nächste Bundeswehrpropagandaveranstaltung und kündigten Protest dagegen an und zeigten damit, dass sie sich nicht einschüchtern lassen. Die Veranstaltung soll, wieder in Form eines Konzertes, am 6. Mai 2012 auf dem Rathausmarkt stattfinden.

Begleitet wurde der Prozess von etwas mehr als 50 solidarischen Genoss_innen.

PROZESS ERKLÄRUNG

Wir stehen heute hier, weil wir am 20.07.2011 gegen das Konzert der Big Band der Bundeswehr auf dem Oldenburger Rathausmarkt demonstriert haben. Vom Dach eines angrenzenden Kaufhauses entrollten wir ein Transparent mit der Aufschrift »töten-tröten-trösten Soldaten sind Mörder«. Letzteres Zitat von Kurt Tucholsky sollte ursprünglich nach Willen der Polizei auch den Tatbestand der Beleidigung darstellen. Dies wurde jedoch zurückgezogen, so dass wir nun des Hausfriedensbruch und der fahrlässigen Körperverletzung angeklagt werden. Aus unserer Sicht haben wir alle Vorkehrungen getroffen, um niemanden bei dieser antimilitaristischen Aktion zu Schaden kommen zu lassen.

Kurt Tucholsky veröffentlichte 1925 eine Glosse in der Zeitschrift »Die Weltbühne« mit dem Titel »Drei junge Oldenburger«. Jene drei Oldenburger stehen darin sinnbildlich für zivilgesellschaftlich verankerten Militarismus. Wir sind ebenfalls drei junge Oldenburger. Im Gegensatz zu Tucholskys Oldenburgern halten wir es jedoch für wichtig, sich jeder Form von Militarismus entgegenzustellen. Wir sehen im Konzert der Bundeswehr keine Wohltätigkeitsveranstaltung, sondern kriegsverherrlichende Propaganda. Dies wollten wir mit dem Spruch „töten – tröten – trösten“ zum Ausdruck bringen.

Töten

Die Bundeswehr führt Krieg. Sie wurde faktisch von einer Verteidigungsarmee zu einer Angriffsarmee umgebaut. Wie ein ehemaliger Bundespräsident passend formulierte, führt die Bundeswehr für die Wahrung deutscher wirtschaftlicher und politischer Interessen militärische Einsätze durch. Sie präsentiert sich als Verteidigerin deutscher Interessen im Kosovo, im indischen Ozean und eben am Hindukusch. Diese Verteidigung besteht in der Durchsetzung, der Aufrechterhaltung und dem Ausbau von neokolonialen Herrschaftsverhältnissen. Die Umstruktuierung der Bundeswehr muss vor diesem Hintergrund verstanden werden. Oldenburg hat als Regimentsstadt eine enorme und unrühmliche militaristische Tradition aufzuweisen. Und jetzt? Jetzt soll der Stab der ersten Panzerdivision hier her verlegt werden. Dafür muss ordentlich die Werbetrommel gerührt werden.

Tröten

Die Bundeswehr setzt seit einiger Zeit verstärkt auf Propaganda – nicht zuletzt, weil die Abschaffung der Wehrpflicht und der Umbau zur reinen Berufsarmee ein Nachwuchsproblem verursacht hat. Um ihre Legitimität in der Bevölkerung auszubauen, betreibt die Bundeswehr vielfältige Propaganda. Sie reicht von Werbeveranstaltungen in Schulen und bei Jobmessen, über Kinderfeste zu Konzerten. Dazu gehört auch enge Zusammenarbeit mit Politik und Medien, welche in Oldenburg als ein Musterbeispiel zu bestaunen ist. Die Patenschaft von Stadt und Bundeswehr sowie Oberbürgermeister Schwandners zahlreiche Auftritte und Lobeshymnen bei Bundeswehrveranstaltungen zeigen, wie wunderbar der gewünschte “zivil-militärische Dialog” in Oldenburg funktioniert. Auf Seite der Medien betreibt die Monopolzeitung der Region, die Nord-West-Zeitung, Propaganda für die Bundeswehr und ihre Veranstaltungen. So auch im Falle des umjubelten Benefizkonzerts der Big Band. Oft, wie auch in diesem Fall, richtet sie die Propaganda-Veranstaltungen sogar selbst aus.

Eine Berichterstattung, die keine Stimme der Kritik zulassen wird, war also mehr als absehbar. Ebenso absehbar war auch, dass die Polizei durch eine massive Abriegelung, versuchen wird, jeden legitimen Protest zu unterbinden. Dies hatten sie ähnlich aufwendig und noch erfolgloser schon beim Bundeswehrkonzert am 8. Mai im Schlossgarten vorgeführt. Wie erwartet, waren genau wie im Mai alle Zugänge verriegelt und es fand eine eingehende Gesichtskontrolle und Durchsuchungen von Seiten der Polizei statt. Vor diesem Hintergrund haben wir uns für eine Aktionsform entschieden, die uns als einzige Möglichkeit erschien, unseren

legitimen Protest zu äußern und dem Antimilitarismus eine Stimme zu geben.

Trösten

Die enge Verflechtung von Zivilgesellschaft und Bundeswehr präsentiert sich auch im vorgeblichen Wohltätigkeitscharakter des Big Band Konzerts. Dass die Bundeswehr mit Unterstützung von Stadt und NWZ Geld für Kinder in Afghanistan sammelt, ist Zynismus pur. Denn es ist die Bundeswehr, die dort Krieg führt und für das Leid von Zivilistinnen und Zivilisten mitverantwortlich ist. Der neue Ansatz der Bundeswehr soll – ganz im Sinne der modernen NATO-Strategie – ein sogenannter umfassender Ansatz (comprehensive approach) sein. Dieser sieht vor, dass zivile, beispielsweise entwicklungspolitische Maßnahmen, in militärische Strategien miteinbezogen werden. So soll Kriegsführung als humanitärer Akt verkauft werden. Diese Verdrehung der Tatsachen halten wir für puren Zynismus. Nicht zuletzt diesen Zynismus wollten wir mit unserer Aktion deutlich machen.

Die Stadt und die NWZ zeichnen seit Jahrzehnten gerne das Bild, dass die Bundeswehr schon immer unwidersprochen gesellschaftlich in Oldenburg verankert ist. Demgegenüber sehen wir unsere Aktion in einer langen Tradition antimilitaristischer Proteste in Oldenburg. Bereits 1974 und 75 bestiegen Studierende illlegalerweise das Dach der Universität und setzten damit die Namensgebung zu Ehren des Antimilitaristen Carl von Ossietzky erfolgreich durch. Oder, ein anderes Beispiel: Etwa zehn Jahre später fanden die Militärmusiktage im Oldenburgischen Staatstheater statt. Damals wurde das kriegsbefürwortende Publikum mit Blut und Fleischresten beworfen. Ebenfalls in den 1980er Jahren gab es zahlreiche Proteste gegen den Transport von Munition zwischen Nordenham und Oldenburg. Vielfältige Aktionen reichten von Schienenblockaden über Besetzungen der Cäcilienbrücke bis hin zu einem riesigen Transparent über der Hunte. So wurde symbolisch und praktisch gegen Militarismus vorgegangen und demonstriert.

Aber auch in der jüngeren Vergangenheit haben antimilitaristische Oldenburgerinnen und Oldenburger gezeigt, dass sie für die Bundeswehr nach wie vor wenig übrig haben. Dies zeigte sich besonders schön bei dem Versuch der Bundeswehr, ein Konzert am 8.Mai im Schlossgarten zu veranstalten. Auch ein riesen Polizeiaufgebot reichte nicht aus, um zu verhindern, dass kreative Aktionen, das Bundeswehrkonzert zu einem Deasaster gemacht haben.

Die drei jungen Oldenburger von Tucholsky hätten sich auch das Konzert im vergangenen Juli mit Begeisterung angehört. Wir nicht. Schließlich steht es für die lebendige Tradition des Militarismus in dieser Stadt. Und wir werden auch in Zukunft für unsere antimilitaristische Überzeugung – auch praktisch – einstehen. Wir kritisieren die Bundeswehr und ihre Kriege aufs Schärfste, egal ob sie gerade tötet, trötet oder tröstet. Es bleibt dabei: Soldaten sind Mörder!

POLIZEIGEWALT BEI EINWEIHUNG DER TUCHOLSKY STRASSE

Am 16.04.2012 wurde die Hindenburgstraße im Oldenburger Dobbenviertel in Tucholskystraße umbenannt. Etwa 40 AntimilitaristInnen wollten mit der Aktion den Anwohner_innen einen Gefallen tun: „Sie müssen von nun an nicht mehr mit der Bürde leben in einer Stadt zu wohnen, in der der Militarist Paul von Hindenburg durch einen Straßennamen geehrt wird."

Die AntimilitaristInnen wollten sich mit der Aktion aktiv an den derzeitigen Diskussionen in der Stadt um politisch mehr als fragwürdige Straßennamen beteiligen. Nachdem die Pappschilder die Aufschrift „Hindenburgstraße" verdeckten, wurde mit Prosecco auf diesen Bruch mit der militaristischen Tradition in dieser Stadt angestoßen.

Einige Stunden zuvor, nach der Verurteilung dreier Antimilitarist_innen kam es bei der Straßenumbenennung zu völlig unverhältnismäßiger Polizeigewalt. Bereits nach kurzer Zeit hatte ein in deutsche Militarist_innen verliebter Opa die Polizei gerufen. Waren anfangs nur ein paar Streifenpolizist_innen vor Ort, dauerte es nicht lange bis eine BFE Einheiten in Zivil auftauchte. Statt die Antimilitarist_innen einfach von dannen ziehen zu lassen, versuchten sie völlig unverhältnismäßig Personalienkontrollen durchzuführen. Dabei wurde eine Person verletzt und vorübergehend in Gewahsam genommen.

BRIEF AN ANWOHNER_INNEN

Liebe Anwohner_innen, Liebe Passant_innen,

Wir freuen uns Ihnen mitteilen zu können, dass Ihre Straße bzw. die Straße, die Sie gerade passieren, von heute an den Namen Tucholskystraße trägt. Sie müssen von nun an nicht mehr mit der Bürde leben in einer Stadt zu wohnen, in der der Militarist Paul von Hindenburg durch einen Straßennamen geehrt wird.

Hindenburg war Generalfeldmarschall im Ersten Weltkrieg, übte als Chef der Obersten Heeresleitung quasi diktatorisch Regierungsgewalt aus und ernannte 1933 Hilter zum Reichskanzler. 1893 wurde er Kommandeur des Oldenburger 91. Infanterieregiment.

"Hindenburg ist für uns weder ein Heros der antiken Legende, noch ein verehrungswürdiger Mann.", schrieb der Journalist und Schriftsteller Kurt Tucholsky 1927. "Hindenburg bleibt für die Frauen und Mütter der im Kriege Gemordeten, [...] für die Zermalmten in den Gefängnissen und Zuchthäusern der Repräsentant nur eines: Repräsentant einer Lebensanschauung und einer Geistesrichtung, die wir nicht wünschen." Damit bezieht Tucholsky sich auf "Die Wahrheit über den Krieg, über die Kriegsschuld, über die verruchte Kriegsführung, die sinnlos, für den Pour le mérite [Orden den Hindenburg 1914 erhielt] Zehntausende geopfert hat und sinnlos Grausamkeiten über Zivilisten hinstreute, wo es auch mit Milde abgegangen wäre"

Kurzum, mit dem Antimilitaristen und Pazifisten Tucholksky trägt diese Straße nun einen Namen, auf den Sie stolz sein können. Die Straßenumbenennung reiht sich ein in Oldenburger Proteste gegen Militarismus. So wurde der Name der Oldenburger Universität zu Ehren Carl von Ossietzkys, von dem übrigens viele Texte Tucholkskys herausgegeben wurden, in einem jahrelangen Konflikt erfolgreich gegen Traditionalist_innen durchgesetzt.

Aktuell wurde im Oldenburger Stadtrat beschlossen, eine Studie zur Überprüfung von Oldenburger Straßennamen in Auftrag zu geben. Das ist zu begrüßen. Doch gerade in einer Stadt, die sich gerne als traumhafter Bundeswehrstandort mit zivilmilitärischer Zusammenarbeit präsentiert, sollte auch moderner Militarismus kritisiert und bekämpft werden. Denn egal ob Hindenburg oder de Maizière für deutsche Interessen Krieg führen, Kurt Tucholksky hat es auf den Punkt gebracht: Militarismus ist eine Bestialität ... Soldaten sind Mörder!

Zerschlagen, leugnen, unterdrücken

Die kurdischen Aufstände des 20. Jahrhunderts waren eine Folge der aggressiven Türkisierungspolitik

Der Angriff der kurdischen PKK auf einen türkischen Militärposten im Grenzgebiet zum Irak am 19. Oktober 2011 und die anschließende Militäroffensive der türkischen Armee im Nordirak machten deutlich, dass die „Kurdenfrage" weit davon entfernt ist, gelöst zu werden. Dabei hatten einige begrenzte Reformen der moderat-islamischen AKP-Regierung Hoffnungen aufkommen lassen, die sich jedoch schnell zerschlugen. Die fortwährende Verweigerung, die Verhandlungsangebote der PKK überhaupt zu registrieren, und die andauernde repressive Bekämpfung ziviler kurdischer Akteure lassen darauf schließen, dass eine zivile und gerechte Konfliktüberwindung von Seiten des türkischen Staates nicht beabsichtigt ist.

Die „Kurdenfrage" stellt die Türkische Republik als Nationalstaat in Frage und dies nicht erst seit heute. Die Türkei, die nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches entstand, ist das Produkt eines „Befreiungskrieges" (1919-1923), der mit zahlreichen Pogromen und Massenmorden an Minderheiten einherging. In zahlreichen Regionen hatten nicht-türkische Bevölkerungsgruppen die Mehrheit gestellt, bis dies durch Massaker und Umsiedlungen geändert wurde. Die türkische Staatsführung wollte aus dem „Überbleibsel" des Osmanischen Reiches eine türkische Nation bilden und verfolgte dazu eine aggressive Türkisierungspolitik. Nach der Entstehung der Republik bedeutete diese Politik für alle Minderheiten die soziale und kulturelle Ausgrenzung, den Zwang zur Assimilierung und den ökonomischen Niedergang.

Ein zentrales Konzept der Türkisierungspolitik war die Schaffung von unterschiedlichen Staatsbürgerschaftsmodellen: Während in der türkischen Verfassung alle türkischen Staatsbürger als gleichberechtigt deklariert wurden und eine ethnische oder religiöse Differenzierung ausblieb, wurde in staatlichen Bestimmungen und Anordnungen zwischen türkischen Staatsbürgern (einschließlich der Minderheiten) und ethnisch und religiös definierten „echten" TürkInnen unterschieden. Staatliche Anordnungen legten fest, dass in vielen Sektoren nur noch „echte" TürkInnen arbeiten durften, was dazu führte, dass Angehörige der Minderheiten entlassen wurden.

In unterschiedlichen historischen Phasen existierten unterschiedliche „Hauptgegner" des türkischen Staates. Nach dem Genozid an den Armeniern 1915 und der Vertreibung der „griechischen" Bevölkerung im Zuge des türkischen „Befreiungskriegs" stellten die KurdInnen das Haupthindernis für die türkische Homogenisierungspolitik dar.

Massaker und Vertreibungen

Der Versuch des türkischen Staates, die kurdischen Regionen unter direkte Kontrolle zu bekommen, führte zu einer Reihe von Aufständen zwischen 1925 und 1938. Die fünf größeren Aufstände in diesen Jahren (der Scheich-Said-Aufstand 1925, die Ararat-Aufstände 1926, 1927 und 1930 und der Dersim-Aufstand 1937-1938) und die anschließenden Militäroffensiven und Massaker seitens des türkischen Staates übertrafen den türkischen „Befreiungskrieg" (1919-1923) im Hinblick auf den Verlust von Menschenleben und auf finanzielle Ausgaben.

Die Aufstände wurden von sehr unterschiedlichen AkteurInnen getragen und hatten somit sehr unterschiedliche Ziele. Diese Zusammenhänge müssen noch intensiver untersucht werden, aber einige stark verkürzte Hinweise können doch gegeben werden. Der Aufstand von 1925 etwa ist die Reaktion der traditionellen kurdischen Eliten darauf, dass sie in der neuen Republik als Machtfaktor an den Rand gedrängt wurden – während sie im Osmanischen Reich eine gewisse Eigenständigkeit besessen und eine relevante militärische Rolle gespielt hatten. Die Niederschlagung dieses Aufstandes bedeutete auch, dass das alte politische System nicht mehr zurückkehren würde und in der neuen Republik kein Platz für eigenständige kurdische Lokalfürsten war. Dies führte dazu, dass der kurdische Nationalismus und die Forderung nach einem eigenen Staat während des Aufstandes 1930 in der Grenzregion Ararat deutlicher zu vernehmen waren. Die Aufständischen erklärten ihre Unabhängigkeit und riefen die „Republik Ararat" aus, die jedoch mit der Zerschlagung des Aufstandes durch die türkische Armee ein jähes Ende fand. Der Aufstand in der Dersim-Region 1937-1938 steht wiederum im Kontext der zunehmenden Kontrolle der kurdischen Gebiete durch den türkischen Staat. In der Dersim-Region hatten sich die traditionellen sozialen Strukturen weitgehend erhalten und der türkische Staat verfügte über vergleichsweise wenig Zugriffsmöglichkeiten. Der Versuch des

Staates, die bisherigen sozialen Strukturen zu zerschlagen und die dortige Bevölkerung direkt zu kontrollieren, führte zu dem Aufstand. Allerdings hatte der Aufstand wenig Aussicht darauf, die lokale Eigenständigkeit erhalten zu können, oder gar einen unabhängigen Staat gründen zu können.

Der Staat zerschlug die Aufstände durch den Einsatz massiver militärischer Gewalt, wobei es zu Massakern und Vertreibungen an der Zivilbevölkerung kam. Neben der militärischen Bekämpfung der Aufstände wurde eine Reihe von politischen Maßnahmen beschlossen, die weitere Aufstände verhindern sollten und gleichzeitig die staatliche Homogenisierungspolitik weiterentwickelte. Bereits 1925, nach dem ersten Aufstand, wurde ein „Reformplan für den Osten" von der türkischen Regierung beschlossen, wonach für die kurdischen Gebiete der Ausnahmezustand erklärt wurde, kurdische Staatsbedienstete entlassen wurden, nicht-türkische Sprachen verboten wurden und ein Teil der kurdischen Bevölkerung vertrieben wurde, damit sich an derer Stelle türkische Siedler niederlassen sollten. Eine weitere Zuspitzung ist das„Ansiedlungsgesetz" von 1934, das die Deportation und Umsiedlung von nicht-türkischen Bevölkerungsgruppen, hauptsächlich KurdInnen, zufolge hatte. Das Gesetz teilte die Bevölkerung der Türkei in drei Gruppen: (1) TürkInnen, die der türkischen Kultur angehörten und die türkische Sprache sprachen, (2) StaatsbürgerInnen, die zwar Türkisch sprachen aber nicht der türkischen Kultur zugehörig waren, (3) StaatsbürgerInnen, die eine nicht-türkische Sprache sprachen und nicht der türkischen Kultur angehörten. Die zweite und dritte Gruppe konnten umgesiedelt und/oder ausgebürgert werden. Neben der kurdischen Bevölkerung trafen die Umsiedlungsmaßnahmen, die auch gewaltsam umsetzt wurden, die nicht-muslimischen Minderheiten, so etwa türkische Juden und Armenier.

Nach der militärischen Niederschlagung der Aufstände und der Ausschaltung der kurdischen Organisationen haben kurdische AkteurInnen in der Türkei auf den bewaffneten Kampf weitgehend verzichtet und ihre Interessen durch zivile politische Mittel zu erreichen versucht. Allerdings waren die Antworten des türkischen Staates auf diese zivilen Ansätze das Verbot von Organisationen und die Verhaftung der AktivistInnen. Der Staat bestritt die Existenz einer kurdischen Bevölkerung in der Türkei, was dazu führte, dass türkische HistorikerInnen, SozialwissenschaftlerInnen und LinguistInnen die KurdInnen zu einem „türkischen Stamm" erklärten und die Existenz einer eigenständigen kurdischen Sprache leugneten.

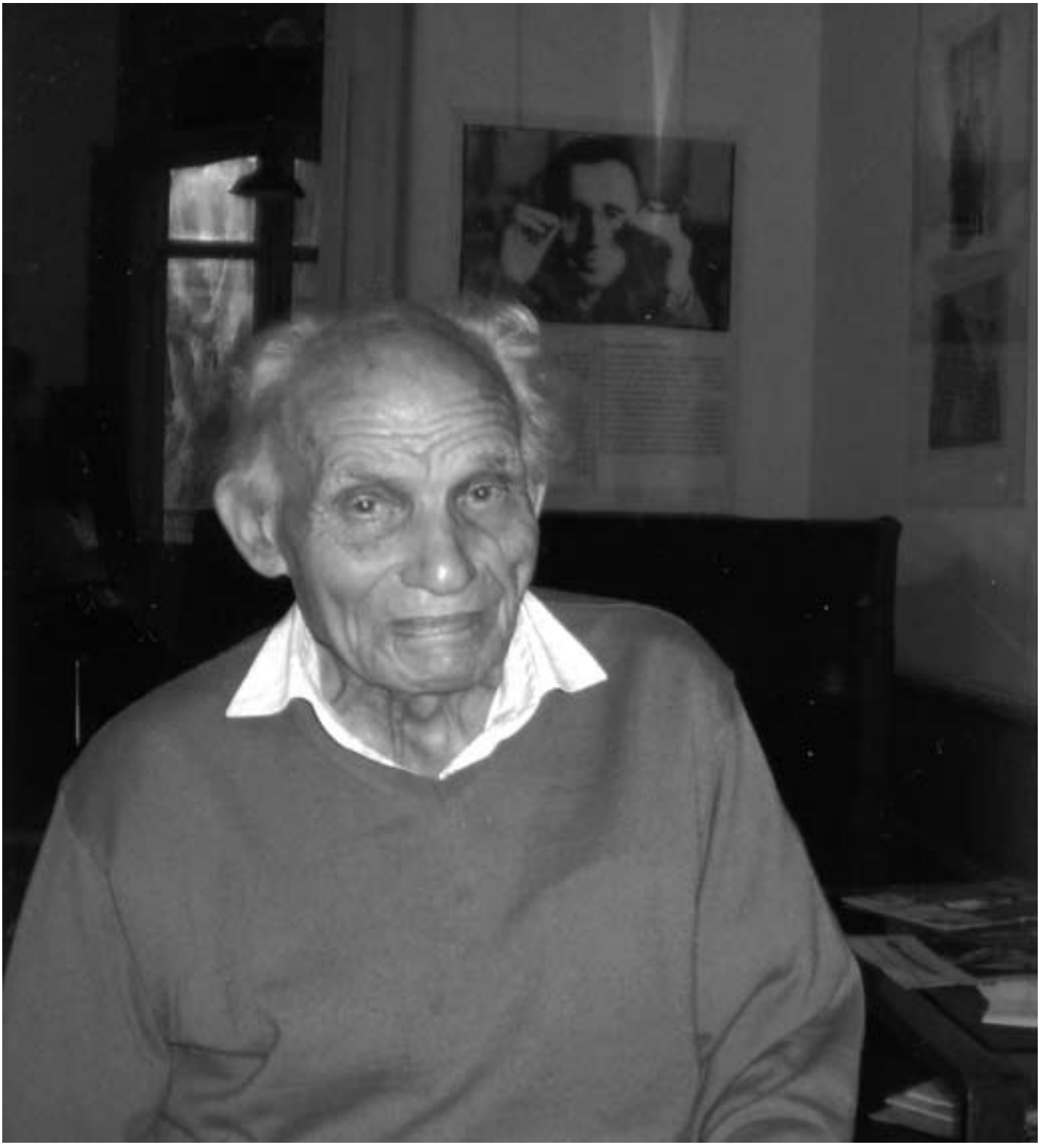
Die historische Aufarbeitung ist ausgeblieben

Eine intensive historische Aufarbeitung ist bis heute ausgeblieben. Die Aufstände werden in vielen deutschsprachigen Einführungen zur türkischen Geschichte höchstens kurz erwähnt. AutorInnen, die mit der kurdischen Emanzipationsbewegungen sympathisieren, beschäftigen sich teilweise etwas ausführlicher mit den Aufständen, deuten aber die Aufstände von 1925 bis 1938 als Vorläufer der kurdischen Nationalbewegung. Wie es zu den Aufständen kam und von wem sie mit welchen Zielen geführt wurden, bleibt ebenso unterbelichtet wie der Zusammenhang zur staatlichen Nationsbildungspolitik. In der Türkei selbst war bis vor einigen Jahren eine kritische wissenschaftliche Auseinandersetzung kaum möglich. Auch wenn eine begrenzte Öffnung stattgefunden hat, müssen auch heute SozialwissenschaftlerInnen und HistorikerInnen in der Türkei befürchten, Opfer staatlicher Repression zu werden, wenn sie sich allzu deutlich äußern. Zuletzt wurden im Oktober 2011 eine Reihe von WissenschaftlerInnen, Intellektuellen und StudentInnen verhaftet, mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der PKK-nahen KCK. Dieser Vorwurf dient hier, wie in zahlreichen anderen Fällen dazu, oppositionelle Stimmen zu unterdrücken.

Eine Lösung des gegenwärtigen Konflikts ist ohne eine Aufarbeitung der staatlichen Homogenisierungspolitik und eine Abkehr von der Vorstellung eines ethnisch homogenen türkischen Nationalstaates nicht möglich. Solange die grundlegenden Konfliktursachen bleiben, ist an einen nachhaltigen und gerechten Frieden in den kurdischen Gebieten nicht zu denken. Allerdings ist die Politik des türkischen Staates, sowohl beim Umgang mit den gegenwärtigen kurdischen AkteurInnen als auch im Bezug auf die Geschichtspolitik, einem solchen Frieden entgegengesetzt.

Ismail Küpeli

Aus: analyse & kritik Nr. 567



Adiós, mein Freund

Abschied von Ernesto Kroch (1917-2012)

Ich traf Ernesto zum ersten Mal im November 1990 in seinem Haus in Montevideo. Davor hatten wir bereits seit längerem telefonischen und brieflichen Kontakt, denn er schrieb seit 1985 für die ila Artikel über Uruguay, zunächst wegen der Militärdiktatur noch unter dem Pseudonym Pedro Fuentes, danach unter seinem eigenen Namen. Bevor ich ihn besuchte, um ein Interview über seinen Lebensweg zwischen Deutschland und Uruguay zu führen, hatte ich seine kurz zuvor erschienene Autobiographie „Exil in der Heimat – Heim ins Exil" gelesen. Deshalb war ich über seine Lebensgeschichte in groben Zügen informiert: Seine Kindheit und Jugend in Breslau, das Engagement im deutsch-jüdischen Jugendbund „Kameraden" und der „Kommunistischen Jugend Opposition", seinen Widerstandskampf gegen die Nazis, seine Haft im Gefängnis und im Konzentrationslager Lichtenburg, die Freilassung und Flucht über Jugoslawien nach Uruguay, den vergeblichen Versuch, nach 1945 in die Sowjetische Besatzungszone Deutschland überzusiedeln, die Gründung einer Familie in Uruguay, das Engagement in der dortigen Metallarbeitergewerkschaft und der Kommunistischen Partei, seine Aktivitäten im Widerstand gegen die uruguayische Militärdiktatur ab 1973, die Begegnung mit Eva Weil, die als amnesty-Mitglied seinen inhaftierten Sohn Peter unterstützte, seine Flucht aus Montevideo und das zweite Exil in Frankfurt am Main, die Rückkehr nach Uruguay und die Fortsetzung seines politischen und gewerkschaftlichen Engagements.

Nun war ich voller Neugier, den Menschen kennenzulernen, der all das erlebt hatte. Ich rief ihn an und fragte, ob ich ihn über seine Lebensgeschichte interviewen könne. Er meinte, ob es nicht besser wäre, über die politische Entwicklung in Uruguay zu sprechen. Seit einem halben Jahr sei in der Stadt Montevideo das Linksbündnis Frente Amplio an der Regierung, das sei für die ila doch viel interessanter. Eine für Ernst typische Antwort: Er war immer der Gegenwart zugewandt und wollte am liebsten über Uruguay sprechen. Aber wenn jemand mehr über seine Lebensgeschichte erfahren wollte, gab er auch darüber bereitwillig Auskunft.

Er beschrieb mir genau, wie ich aus dem Zentrum Montevideos zu dem am Stadtrand gelegenen Haus in der Calle Pedro Cosio, wo er und seine Frau Eva lebten, gelangen konnte. Er nannte mir zwei innerstädtische Buslinien, die ich nehmen könnte, oder eine interdepartementale. Letztere sei etwas schneller und bequemer, aber auch zwanzig Centavos teurer. Damals war Taxifahren in Montivideo für Europäer sehr preisgünstig und ich hatte eigentlich vor, mit dem Taxi zu ihm zu fahren. Aber diese Möglichkeit erwähnte er nicht einmal, Taxifahren fand er einen unnötigen, nahezu dekadenten Luxus. Noch vor zwei Jahren, als wir nach einem kleinen Fest bei gemeinsamen Freunden in Montevideo von einem heftigen Wolkenbruch überrascht wurden, mussten wir Ernst und Eva fast in ein vorbeikommendes Taxi zwingen. Er wollte bei strömenden Regen zur nächsten Bushaltestelle gehen und dort zehn oder fünfzehn Minuten auf den nächsten Bus warten.

Wir sprachen also über seine Lebensgeschichte, aber sobald ich das Band abgeschaltet hatte, erzählte er sofort von Montevideo und darüber, was die Linke ändern wolle. Damals war gerade der „reale" Sozialismus in Osteuropa zusammengebrochen und er hatte die Kommunistische Partei Uruguays verlassen, weil diese daraus keine Konsequenzen hatte ziehen wollen, sondern weiter an der alten Politik festhielt. Ernst meinte, die Zentralisierung von Macht und Entscheidungsprozessen und die Entmündigung der Menschen habe den Sozialismus à la DDR ad absurdum geführt. Sie würden in Montevideo das Gegenteil versuchen, ihnen ging es darum, die städtischen Entscheidungs- und Verwaltungsprozesse zu dezentralisieren und neue Formen der BürgerInnenbeteiligung zu entwickeln. Er erzählte davon mit einer ungeheuren Begeisterung.

Sein politisches Engagement war sein Lebenselixir, ihm hatte er sich seit seinem 14. Lebensjahr verschrieben und selbst in den letzten Monaten, die er in einem Frankfurter Krankenhaus verbrachte und wo seine körperlichen Kräfte mehr und mehr schwanden, war er ein wacher Beobachter der politischen Entwicklungen und wollte von seinen zahlreichen BesucherInnen auf dem Laufenden gehalten werden.

Ernst war zeitlebens Marxist. Gelernt hatte er den Marxismus in der KJO, der Jugendorganisation der antistalinistischen „Kommunistischen Partei Deutschland – Opposition" (KPO). Dort wurde in den frühen dreißiger Jahren nicht Stalin gehuldigt und die Sowjetunion als Vaterland aller Werktätigen verklärt, sondern nüchtern mit dem marxistischen Instrumentarium die kapitalistische Gesellschaft analysiert und daraus die konkrete Politik im Interesse der ArbeiterInnen entwickelt. Und anders als KPD und SPD trat sie angesichts des drohenden Sieges des Nationalsozialismus vehement für die Einheit der Arbeiterbewegung ein. Obwohl Ernst nach seiner Emigration nach Uruguay im Jahr 1938 keinen Kontakt mehr zur Exil-KPO und auch später nicht zur „Gruppe Arbeiterpolitik", ihrer Nachfolgeorganisationen in der BRD, hatte, blieb er ihrem Ansatz eigentlich immer treu. Allerdings wurde seine Weltsicht im Laufe der Zeit noch differenzierter, so hat er etwa sehr früh die Bedeutung der Ökologiefrage erkannt, worüber er in seinem letzten Interview im Oktober 2011 noch ausführlich sprach (vgl. ila 350).

Abstrakte politische Postulate waren ihm fremd. Ich habe einmal eine Postkarte aus der Frauenbewegung gesehen, auf der zu lesen war: „Feminismus ist die Frage: Was haben die Frauen davon". Ich glaube, das trifft abgewandelt exakt Ernestos politische Position: Linke Politik war für ihn daran zu messen, was sie den Leuten bringt. Wobei „die Leute" für ihn die ArbeiterInnen, Unterprivilegierten und Ausgegrenzten waren. Sein gesamtes Engagement zielte darauf, mit und für diejenigen für bessere ökonomische, soziale und kulturellen Perspektiven und ein gutes Leben zu kämpfen, die bisher vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen waren.

Trotz seiner nüchternen Art war Ernst immer nahe bei den Menschen. Dabei

war er alles andere als ein Populist, er redete niemandem, auch nicht den Armen und Benachteiligten, nach dem Mund. Persönlich war er eher dezent und zurückhaltend. Aber er interessierte sich für die Leute und wusste, was sie bewegte und was ihre Probleme waren. Als er einmal in Deutschland war – er verbrachte die Sommermonate in den letzten beiden Jahrzehnten hier – telefonierten wir häufiger, um über Veranstaltungen, Besuche oder ila-Artikel zu reden. Einmal sagte er am Ende eines Gesprächs: „Sehen wir uns am Wochenende in Berlin?" Ich war etwas überrascht, weil ich von keiner Konferenz oder anderen Aktivität wusste, wo meine Lebensgefährtin Gaby und ich ihn an besagtem Wochenende in Berlin hätten treffen können. Deshalb fragte ich nach und er antwortete, da finde doch die Love-Parade (Parade sprach er Deutsch aus) statt. Ich war völlig verdutzt und antwortete nur: „Was soll ich denn da?" Darauf meinte er, da kämen doch mehr als eine Million Jugendliche hin. Wenn wir hier Politik machen wollten, müssten wir doch wissen, wie die jungen Leute ticken und was sie antreibt. Außerdem seien seine Enkeltöchter aus Uruguay da, und sie wollten ihnen zeigen, was europäische Jugendliche in ihrer Freizeit treiben.

Er war immer offen für Neues, vor allem für neue soziale Experimente. Alternative Wohnprojekte, Kollektivbetriebe, alternative Bildungseinrichtungen interessierten ihn, auch wenn die Leute da grüne Haare hatten, auffällig gepierct oder tätowiert waren. Vorurteile waren ihm weitgehend fremd.

Ernst hatte ein erfülltes, aber auch ein sehr hartes Leben: Als 17-Jähriger wurde er von den Nazis inhaftiert, mit 18 ins KZ gesteckt, musste mit 19 Deutschland und sein gesamtes soziales Umfeld verlassen, in Uruguay versuchte er vergeblich, seinen Eltern die Ausreise aus NS-Deutschland zu ermöglichen, und musste nach dem Krieg erfahren, dass sie in Auschwitz ermordet wurden. Während der Militärdiktatur in Uruguay wurde sein Sohn jahrelang eingekerkert und seine erste Frau starb an Krebs, er selbst musste 1982 fliehen. Als er schließlich 1985 nach Montevideo zurückkehren konnte, wurde wenig später beim ihm Krebs diagnostiziert und er musste eine harte Behandlung und körperliche Einschränkungen hinnehmen.

Um mit all dem fertig zu werden, hatte er Selbstschutzmechanismen entwickelt. Eva erzählte einmal von einem gemeinsamen Flug. Plötzlich habe sie durch das Fenster gesehen, dass ein Triebwerk brannte. Sie habe den lesenden Ernst aufgeregt angestoßen und ihn darauf aufmerksam gemacht. Ernst habe nur kurz von seinem Buch aufgeblickt und gesagt: „Das Flugzeug kann auch mit einem Triebwerk fliegen" und dann weitergelesen. Die Reaktion habe sie etwas beruhigt. Nach dem Flug habe sie ihn gefragt, ob er denn keine Angst gehabt habe. Doch sicher, habe er geantwortet, aber es hätte nichts gebracht, sich aufzuregen, er hätte in dem Moment ja doch nichts machen können. Also habe er weitergelesen.

Gefühle hat er selten gezeigt, obwohl er ein sehr sensibler Mensch war. Nur einmal, als er erzählte, dass er sich immer schuldig fühle, weil er seine Eltern nicht habe retten können, liefen ihm die Tränen über das Gesicht. Diesen Moment der Verzweiflung werde ich nie vergessen.

Neben der Politik war die Literatur seine zweite große Leidenschaft. Dabei kam er sehr spät zum Schreiben belletristischer Texte. Er war sein ganzes Erwerbsleben Metallarbeiter gewesen. Zunächst in der Lehre in Breslau, dann nach KZ-Haft und Emigration in Montevideo in einem Eisenbahnwerk und später in einem Betrieb für Dampfkesseltechnik. In seiner knapp bemessenen Freizeit schrieb er Artikel für Gewerkschaftszeitungen. Irgendwann hat er dann ein Büchlein mit Crónicas, kurzen Erzählungen, über das Leben im Barrio Sur, einem stark afroamerikanisch und jüdisch geprägten Kleine-Leute-Viertel Montevideos, verfasst.

Erst als er 1982 als 65-Jähriger nach Frankfurt in sein zweites Exil kam, widmete er dem Schreiben mehr Zeit, zunächst – wie er mehrfach erzählte – nur mit der Absicht, den Leuten in Deutschland mit seinen Erzählungen auf einer anderen Ebene das Leben unter den Diktaturen in Lateinamerika und die Nöte der hier lebenden Flüchtlinge näherzbringen. Eine Auswahl seiner Erzählungen erschien mit einem Vorwort des großen uruguayischen Autors Mario Benedetti 1987 im Peter Hammer Verlag. 1990 veröffentlichte er unter dem Titel Exil in der Heimat – Heim ins Exil erstmals seine Lebenserinnerungen, die 2004 als überarbeitete und erweiterte Neuauflage im Verlag Assoziation A erschienen und seitdem zwei weitere Auflagen erlebten. Außerdem publizierte er in Deutschland noch ein sehr informatives Sachbuch über die Geschichte Uruguays. Nach seiner Rückkehr nach Uruguay schrieb er auf Deutsch den Roman „Wo auch immer...", für den er leider keinen Verlag fand.

Danach wandte er sich wieder ganz der spanischen Sprache zu und veröffentlichte in Uruguay mehrere Bände mit Erzählungen sowie 1996 das Sachbuch Ilusiones, Frustraciones y Esperanzas de la Izquierda (Illusionen, Frustrationen und Hoffnungen der Linken), in dem er für das uruguayische Publikum die Debatten in der Europäischen Linken nach dem Zusammenbruch des „realen" Sozialismus und die Ökologiefrage reflektierte. Sein letzter Band mit Erzählungen erschien Ende des Jahres in Montevideo, leider hat er ihn selbst nicht mehr sehen und im Bertolt-Brecht-Haus vorstellen können.

Die politische Debatte in der Linken war ihm immer sehr wichtig. Wenn er im Köln/Bonner-Raum war, haben wir uns immer mit einigen FreundInnen getroffen und dabei neben gegenseitigem Informationsaustausch viel diskutiert. Häufig waren wir unterschiedlicher Meinung, Ernesto kam, wie schon gesagt, aus der sozialistisch-kommunistischen Tradition der Arbeiterbewegung, wir, seine Köln/Bonner GenossInnen hatten dagegen überwiegend einen antiautoritär-autonomen Hintergrund. Es waren immer anregende Diskussionen. Es machte Spaß, mit ihm zu reden, weil es ihm niemals darum ging, Recht zu behalten oder gar politische Debatten als Machtkampf zu führen. Ihm war es wichtig, divergierende Positionen und deren Begründungen kennenzulernen

– auch hier war er stets neugierig und offen. Er diskutierte, um die Ansätze klarer herauszukristallisieren, das eigene Handeln kritisch zu reflektieren und, wenn möglich, gemeinsame Positionen und inhaltlich tragfähige Kompromisse zu finden. Faule Formelkompromisse, im ila-Jargon „sozialdemokratische Lösungen" genannt, interessierten ihn dagegen nicht.

In vielen unserer Debatten ging es um die Rolle des Staates in Emanzipationsprozessen. Für ihn war die Erringung staatlicher Machtpositionen ein zwingend notwendiger Schritt, um emanzipatorische Politik durchzusetzen, für uns waren staatliche Strukturen und Apparate eher Teil des Problems als Instrumente der Lösung. Allerdings näherten wir uns im Laufe der Zeit zunehmend an. Wir kamen durch die neoliberale Entstaatlichungsideologie mitunter in die Rolle, staatliche Sozialsysteme und Regulierungsinstrumente zu verteidigen, während er in Montevideo die Erfahrung machte, dass die Initiativen unter der linken Stadtregierung zur Dezentralisierung und stärkeren demokratischen Partizipation immer wieder von den Verwaltungsbürokraten ausgebremst wurden.

In der Praxis waren wir ohnehin weniger weit voneinander entfernt als in der Theorie. Ich erinnere mich an ein Interview mit einer jugendlichen Aktivistin in Ernestos Barrio. Sie erzählte von den Kämpfen um mehr (Frei-)Räume für Jugendliche. Ginge man mit dieser Forderungen zur Stadt, bekäme man – wenn es gut liefe – vielleicht irgendwann Räumlichkeiten, aber auch zwei Sozialarbeiterinnen (in Uruguay ein Frauenberuf), die den Jugendlichen sagen würden, was sie zu tun und was sie zu lassen hätten. Dann könnten sie auch gleich zu Hause bei ihren Familien bleiben. Wenn sie das gegenüber Leuten aus der Frente Amplio problematisieren würde, würden die überhaupt nicht kapieren, was das Problem sei. Der einzige Frenteamplista im Barrio, der sie verstehen würde, sei Ernesto. Der sei biologisch zwar dreißig Jahre älter als die anderen, im Kopf aber dreißig Jahre jünger.

Bei meinem anfangs erwähnten Interview im November 1990 fragte ich zum Schluss, warum er und Eva 1985 entschieden hätten, aus Deutschland wieder nach Montevideo zu ziehen, sie seien in Frankfurt doch in vielerlei Hinsicht integriert gewesen. Das stimme, antwortete er, wahrscheinlich hätten sie in Deutschland sogar mehr Freunde als in Uruguay. Aber die anderen, diejenigen, die nicht Freunde im engen Sinne seien, die Nachbarn, das Milieu im Viertel, die Gesellschaft, das sei in Montevideo viel angenehmer als in Frankfurt. Deshalb hätten sie zurückgewollt.

Nun ist Ernst am 11. März 2011 doch in Frankfurt gestorben und nicht in seinem geliebten Montevideo. Eva sagte, auf seinem Grabstein solle nur stehen „Ernesto Kroch – Widerstandskämpfer" und seine Lebensdaten. Ich finde das sehr angemessen – zumindest für Deutschland. In Uruguay wäre das vielleicht etwas anderes. Er war auch dort im Widerstand unter der Diktatur, aber er war vor allem Kämpfer für ein solidarisches Miteinander und eine gerechte Gesellschaft. Dieses Streben stand stets im Mittelpunkt seines Handelns, in der Gewerkschaft, in der Kommunistischen Partei, im Bertolt-Brecht-Haus oder bei seiner Basisarbeit im Barrio. Für seine Verdienste ernannte ihn der Stadt Montevideo 2007 zum Ehrenbürger.

Scheinbar vernünftige Menschen benutzen gerne die Redensart, jedeR sei ersetzbar. Das mag für arbeitsteilige Produktionsabläufe oder bürokratische Hierarchien gelten, wo jedeR standardisierte Aufgaben zu erfüllen hat. Aber sicher gilt es nicht für engagierte Menschen und erst recht nicht für Ernst. Wer soll denn nun in die Schulen gehen und den Kindern und Jugendlichen von der erlebten und erlittenen Unterdrückung im Nationalsozialismus erzählen? Wer sonst kann die Erfahrungen von 80 Jahren politischen Kampfs auf beiden Seiten des Atlantiks weitergeben? Wer schreibt jetzt die Geschichten und Artikel, die die Erfahrungen eines solchen Lebens reflektieren? Wer könnte uns, die wir manchmal glauben, keine Kraft mehr zu haben, glaubhafter klarmachen, dass es sich lohnt weiterzukämpfen, auch wenn die Gegenseite in der Offensive ist? Wer ist denn in der Lage, in seiner bescheidenen und überzeugenden Art ganz unterschiedliche Leute zusammenzubringen und miteinander zu vernetzen? Ernst, du wirst uns ganz schön fehlen!

Im Andenken an Ernesto Kroch bitten wir in seinem Sinne um Spenden für das Bertolt-Brecht-Haus in Montevideo, in dem er über Jahrzehnte aktiv war: Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft e.V., KtoNr. 443 499 102, BLZ 100 100 10 Postbank Berlin, Verwendungszweck: Casa Bertolt Brecht, Montevideo

von Gert Eisenbürger

aus der ila 354 http://www.ila-web.de/

Eins ist die Summe unendlich vieler kleinerer Zahle

Wer nur Eins sieht, übersieht un

Gegen jeden Antisemitismus! – Gegen jeden Staat! – Gegen je

Wie sollen wir bloß anfangen, einen Beitrag zu einer Debatte zu schreiben, zu der zwar schon viel geschrieben wurde, innerhalb derer viele Akteur_innen aber anderen als ihren eigenen Sichtweisen und Argumenten gar nicht zugänglich scheinen? Wir tun uns schwer damit, Positionen auszuformulieren. Denn wir befürchten, dass unser Anliegen von denjenigen, die sich auf beiden Seiten um einfache Antworten und Positionierungen bemühen, denunziert werden wird. Wir wollen uns jedoch nicht einem der vereinfachten Weltbilder anschließen bzw. innerhalb einer kriegerischen/bipolaren Ordnung einsortieren. Deshalb halten wir es für nötig, uns um eine differenzierte Positionierung zu bemühen.

Vor dem Hintergrund einer immer wahrscheinlicher werdenden kriegerischen Eskalation des Konfliktes zwischen Israel, den USA, der EU und dem Iran befürchten wir eine weitere Zuspitzung innerlinker Konflikte als Folge eines Bedürfnisses nach einfachen Antworten und einer Positionierung „auf der richtigen Seite". Dies geht einher mit einem erstaunlichem Desinteresse an den Verhältnissen in der Region.

Wir fürchten uns vor dem Umschwenken des latent in Deutschland und Europa grassierenden Antisemitismus zu offen ausgelebten antisemitischen Denkmustern, Gewalt und Vernichtungswünschen, wir fürchten uns vor Positionierungen von Teilen der Linken und der Friedensbewegung, die dem Antisemitismus zumindest Anknüpfungspunkte bieten, wir fürchten uns aber auch vor der ideologischen Legitimation von Krieg durch die Positionierung anderer Teile der Linken an der Seite einer Kriegspartei.

Lange haben wir unseren Mund gehalten – nicht weil wir keine Meinung hätten, sondern weil wir schlicht nicht wissen, wie wir sie so ausformulieren können, dass sie dazu anregt, Positionen zu überdenken und zu diskutieren, anstatt in Abwehrreflexen verkürzte Weltbilder zu verteidigen oder uns innerhalb dieser einzusortieren und anzufeinden. Wir hoffen, wir können einen kleinen Beitrag zur Findung differenzierter Positionen leisten und würden uns freuen, wenn dies bei Anderen auf Interesse stößt.

Gegen jeden Antisemitismus!

Die Notwendigkeit des Kampfes gegen Antisemitismus kann gerade in Deutschland nicht oft genug betont werden. Wir leben in dem Land, in dem der industrielle Massenmord an Jüdinnen und Juden geplant und von dem aus er umgesetzt wurde. Wir leben in der BRD, die nicht nur die Rechtsnachfolgerin des 3. Reiches ist, sondern auch bis heute die Auslieferung verurteilter NS-Verbrecher verhindert und sich weigert Reparationen u.a. an Griechenland und Italien zu zahlen.

Anfang 2012 hat eine Studie im Auftrag des deutschen Bundestages bei 20% der deutschen Bevölkerung antisemitische Denkmuster festgestellt. Dieser Wert hält sich seit Jahrzehnten konstant.

Es ist unsere historische Verpflichtung, einer „Normalisierung" der deutschen Geschichte und des deutschen Staates entgegenzutreten, die Erinnerung wach zu halten und allen Formen des Antisemitismus entgegenzutreten.

Dazu reicht die Auseinandersetzung mit der Geschichte und das Wachhalten der Erinnerung bei weitem nicht aus. Denn der Antisemitismus hat eine lange Geschichte und antisemitische Denkmuster haben ihre große Wandelbarkeit immer wieder unter Beweis gestellt. Wir müssen feststellen, dass es in Deutschland nach 1945 auch linke Gruppierungen waren, die zum Teil offen antisemitisch dachten und handelten.

Und auch wenn wir viele der Schlüsse, die so genannte antideutsche Gruppen daraus zogen und ziehen, für falsch und teilweise reaktionär halten, müssen wir feststellen, dass die Zäsur der von ihnen angestoßenen Debatte in den 1990er Jahren in der radikalen Linken überfällig war. Es ist beschämend, wie geschichtsvergessen Teile der radikalen Linken in Deutschland nach 1945 agierten.

Wir müssen außerdem feststellen, dass es auch weiterhin in der Linken Denkmuster gibt, die dem Antisemitismus zumindest Anknüpfungspunkte bieten. Sowohl in Teilen der Friedensbewegung, als auch in Teilen der sich als antiimperialistisch verstehenden Linken wird Israel in einer Art und Weise angegriffen, die schwerlich anders zu er-

en

endlich viel

eden Krieg!

klären ist, als mit einer antisemitischen Motivation. Von noch größeren Teilen wird berechtigte Kritik an der Politik des Staates Israel derart einseitig und unreflektiert formuliert und artikuliert, dass die Flanke zum Antisemitismus weit offen steht.

Denn Israel ist in einer Hinsicht kein Staat wie jeder andere. Die Existenz Israels garantiert/e sowohl im historischen Kontext als auch in der aktuellen Konstellation der Staaten im nahen Osten den Schutz vieler Jüdinnen und Juden. Deshalb ist es für uns nicht hinnehmbar, wenn in Deutschland Symbole des israelischen Staates angegriffen werden oder sich Teile der deutschen Linken und Friedensbewegte anlässlich kriegerischer Eskalationen nur gegen die israelische Politik aber nicht gegen die der anderen Akteur_innen wenden. Wenn ständig einseitig Israel kritisiert wird, während zu anderen Staaten und nichtstaatlichen Akteur_innen geschwiegen wird, liegt eine antisemitische Motivation nahe. Spätestens wenn ausgerechnet Israel vernichtet werden soll, ist eine antisemitische Motivation nicht mehr zu leugnen. Wir wenden uns explizit gegen ein Denken und Handeln, das sich einseitig gegen die israelische Politik wendet.

Auch treten wir einer verkürzten Kapitalismuskritik, wie sie z.B. aktuell in der Occupy-Bewegung praktiziert wird, entgegen. Bei Parolen wie „Wir sind die 99%“ (im Gegensatz zu den 1% Superreichen, Bänkern, Spekulanten u.a.) ist, neben dem augenscheinlichen Unverständnis der Funktionsweise der kapitalistischen Ökonomie, auch der Anknüpfungspunkt für verschwörungstheoretische und eben oft auch antisemitische Bilder offensichtlich. Die Beschäftigung mit und der Kampf gegen Antisemitismus muss unabdingbarer Teil linker und emanzipatorischer Theorie und Praxis sein.

Gegen jeden Staat!

Der Staat ist eine Organisationsform der Gesellschaft, die niemals zu emanzipatorischen Formen des Zusammenlebens der Menschen führen wird. Jeder Staat muss darauf bedacht sein, sein Gewaltmonopol effektiv durchzusetzen. Dazu gibt es in jedem Staat Bullen, Knäste, Gerichte, Geheimdienste uvm. Die Interessen der einzelnen Individuen müssen sich innerhalb von Staaten immer den Interessen des Staates unterordnen. Außerdem haben rassistische, patriarchale, heterosexistische Denkmuster und weitere Formen der Unterdrückung und Ungleichheit immer auch Rückwirkungen auf staatliches Handeln und manifestieren sich in Ungleichbehandlungen, Gesetzen, Kriegen und vielem weiteren. Innerhalb einer kapitalistischen Ökonomie muss der Staat darüber hinaus immer auch die Verwertungsbedingungen der Arbeitskräfte garantieren.

Dies alles ist bei weitem keine fundierte Kritik an Staatlichkeit. Und doch reicht es schon aus, um festzustellen, dass eine grundlegend emanzipatorische Position niemals die eines Staates sein kann, auch wenn es sehr wesentliche Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten gibt. Auch unabhängig von der oben ausgeführten besonderen Rolle Israels ist Vorsicht geboten, wenn innerhalb eines militarisierten Konfliktes nur eine der Parteien kritisiert wird. Unerträglich wird es, wenn zu der Politik des „eigenen“ Staates geschwiegen wird, während andere oder ein anderer Staat angegriffen werden soll/en. Linke Kritik an Staatlichkeit und Nation sollte sich selbstverständlich zunächst gegen den „eigenen“ Staat richten. Denn es macht aus einer emanzipatorischen und antistaatlichen Perspektive überhaupt keinen Sinn nur einen (fremden) Staat zu kritisieren.

Nun existieren alle Staaten allerdings vollkommen unabhängig davon, ob wir mit ihrer Existenz einverstanden sind oder nicht Sie werden so lange existieren, wie ihre Existenz mit Gewalt durchgesetzt werden kann. Wenn ihre Existenz aufgrund einer anderen Gewalt – sei es nun von einer äußeren oder von einer inneren – beendet wird, tritt meist ein anderer Staat an ihre Stelle.

Für eine Gesellschaft jenseits der Staatlichkeit zu kämpfen und mit Formen der nichtstaatlichen, unhierarchischen Gesellschaftsorganisation zu experimentieren, halten wir für eine der dringlichsten Aufgaben emanzipatorisch denkender und handelnder Menschen. Jeder Mensch hat das Recht zu existieren. Dies muss viel zu oft gegen Staaten verteidigt werden, die ihre Exis-

tenz auf Kosten des „Existenzrechtes“ von Menschen durchsetzen. Deshalb weigern wir uns über so etwas wie das „Existenzrecht“ eines Staates zu reden. Wir beharren darauf, dass überhaupt kein Staat nirgendwo existieren sollte und die Verwendung staatlicher Symbole zum Transport emanzipatorischer Inhalte nicht nur ungeeignet ist, sondern sogar das „Existenzrecht“ aller zur Durchsetzung seiner Existenz unterdrückten, eingeknasteten und ermordeten Menschen verhöhnt.

Gegen jeden Krieg!

Eine Gesellschaft, die bereit sein soll Kriege zu führen, muss darauf eingestimmt werden, dass Gewaltanwendung nicht nur nötig, sondern sogar wünschenswert bzw. heldenhaft sei. Zur Rechtfertigung von Kriegen ist es immer wieder nötig, andere Standpunkte, Probleme und Lösungsansätze auszublenden. Sowohl die ideologische, religiöse, ethnische und/oder nationale Einheitlichkeit der eigenen (Kriegs-)Partei, als auch die dem gegenüberstehende Andersartigkeit der Gegner_innen sind notwendige Konstruktionen, um die Bereitschaft einer Gesellschaft zum Krieg und der Soldat_innen zum Töten herzustellen. Diejenigen, deren Tötung (im Krieg) legitim sein soll, müssen ganz anders sein als man selbst ist. Sie müssen als nicht gleichwertige Menschen oder besser noch gar nicht als Menschen wahrgenommen werden. Die Leben die vernichtet werden, können gar keine Leben sein. Deshalb werden die zu Bekämpfenden zu einer Einheit der Anderen konstruiert. Es sind keine Menschen mit individuellen Geschichten, Familien, Freund_innen, Gedanken und Wünschen, sondern zu vernichtende Gegner_innen. Komplexe Strukturen müssen als einfache Widersprüche wahrgenommen werden, damit am Ende einer Überlegung nur eine Lösung möglich ist: Krieg!

Dies gelingt durch die Herstellung vermeintlicher Dualismen. Es gibt nur (noch) richtig und falsch, Freund und Feind, Frauen und Männer; oder je nach politischer Ausrichtung: imperialistische Mächte und unterdrückte Völker, gierige Kapitalist_innen und edle Befreiungsbewegungen oder eben Demokratie und islamistische Diktatur, Zivilisation und Barbarei, eliminatorische Antisemit_innen und jüdische Selbstverteidigung. Durch die Herstellung dualer Pole erscheint Krieg als legitimes Mittel zur Lösung gesellschaftlicher oder zwischenstaatlicher Konflikte. Militarisierung und Krieg führen zur Zuspitzung sowieso vorhandener Formen von Herrschaft und Unterdrückung – zu diametral gegenüberstehenden Polen. Patriarchale, antisemitische, rassistische und weitere Strukturen und Denkmuster der Ungleichheit werden einerseits genutzt, um reaktionäre Legitimationsmuster herzustellen, andererseits werden sie bei zunehmender Militarisierung durch diese verstärkt. Konflikte bestehen aber nicht aus zwei Polen, sondern werden nur nachvollziehbar, wenn sie als komplexe Verflechtungen begriffen werden.

Die aktuellen Kriege der sogenannten westlichen Staatengemeinschaft werden z.B. mit der Verbreitung von Demokratie und Frauen- bzw. Menschenrechten legitimiert. Auch wenn es zu einem Krieg gegen den Iran kommt, werden uns diese Legitimationsmuster wieder begegnen. Diese Begründungen sind nicht nur als Vorwand zu verstehen, um ökonomische Interessen durchzusetzen. Sie sind immer auch Ausdruck einer postkolonialen Weltsicht, die die eigenen Werte für überlegen hält. Unabhängig davon, ob wir die westliche Demokratie für nachahmenswert halten, impliziert die Annahme, dass sie zu verbreiten sei, immer eine Hierarchie zwischen „dem Westen“ und „den Anderen“. Das Menschenbild, das sich u.a. in diesen Demokratisierungsbestrebungen ausdrückt weist in seinen Begründungsmustern unmittelbare Überschneidungen mit den Ideologien der Sklaverei und des Kolonialismus auf. Ausgangspunkt ist die Annahme, eine eigenständige Entwicklung „der Anderen“ sei unmöglich, weshalb aufklärerisch eingegriffen werden müsse. Damals waren „die Wilden“ angeblich nicht in der Lage, ein zivilisiertes (Über-) Leben zu führen und bedurften westlicher/weißer Führung. Heute brauchten die Gesellschaften der sog. Schurkenstaaten die Befreiung/Hilfe des Westens, um Demokratie, Schulen und Brunnen aufzubauen. Dieser postkolonialen

»Die Militarisierung einer Gesellschaft ist zudem nicht von ihrer allgemeinen patriarchalen Zurichtung zu trennen.«

Ideologie dienen die westlichen Werte nicht nur als Vorwand – sie sind gleichzeitig auch ihr integraler Bestandteil. Somit sind postkoloniale Rassismen untrennbar mit der westlichen Außen- und Kriegspolitik verknüpft.

Die Militarisierung einer Gesellschaft ist zudem nicht von ihrer allgemeinen patriarchalen Zurichtung zu trennen. Militär ist überall ein Männerbund, der sich und seine Männlichkeit in seinen Ritualen und Hierarchien entsprechend seiner Ideale inszeniert. Ihm kommt grundsätzlich, durch die Legitimation und Legalisierung von Gewalt als einzige Form der Auseinandersetzung, eine fundamentale Bedeutung bei der Konstituierung und Aufrechterhaltung einer gewaltausübenden Männerrolle zu.

Zudem gehen sexualisierte Gewalt und Kriegseinsätze schon immer Hand in Hand. Das Aufeinander treffen bewaffneter Männerhorden beinhaltet, dass der Besitz- und Herrschaftsanspruch der jeweilig Anderen gebrochen werden soll. Weil dieser Besitzanspruch sowohl die Verfügungsgewalt als auch eine Schutzanmaßung für bzw. über die „eigenen Frauen" beinhaltet, sind die Erniedrigung der Zivilbevölkerung des Gegners, Vergewaltigungen von Zivilistinnen und Soldatinnen, aber auch sexualisierte Gewalt gegen männliche Gefangene, in allen Kriegsgebieten an der Tagesordnung. Einerseits verstärkt Militarisierung immer eine patriarchale und bipolare Geschlechterordnung, andererseits werden diese Strukturen auch benötigt, um Kriege zu rechtfertigen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass emanzipatorische Kräfte eine größere Rolle spielen, sinkt, je weiter eine Gesellschaft militarisiert wird. Denn einerseits werden, wie beschrieben, vorhandene Strukturen der Ungleichheit massiv zugespitzt. Andererseits wird auch die direkte Repression gegen alle innenpolitsischen Widersprüche verschärft. Eine Linke, die den herrschenden Verhältnissen eine radikale Kritik und Praxis entgegenstellen will, muss klar Position gegen jeden Krieg beziehen.

Wer dies nicht tut, bleibt in bipolaren also geschichts- bzw. kontextlosen und paternalistischen Weltbildern verhangen. Es gilt stattdessen Standpunkte zu entwickeln, die verschiedene Kämpfe und Positionen einbeziehen und versuchen der Komplexität historischer und aktueller Verhältnisse gerecht zu werden.

Die ideologische Legitimierung von Krieg im Speziellen: Israel und Iran

Wie vor jedem Krieg werden auch zur Legitimierung der militärischen Eskalation des Konfliktes zwischen Israel und dem Iran von allen Seiten zu Dualismen zugespitzte „Argumente" in Stellung gebracht. Teile der iranischen Führung leugnen die Shoa und arbeiten an einer Gleichsetzung Israels mit dem Judentum, um an antisemitische Bilder anknüpfen zu können. In Israel ist eine rechte und rassistische Partei in die Regierung gewählt worden, die von dem demographischen Problem der kinderreichen Araberfamilien und den rückständigen, unzivilisierten Moslems redet. Uns geht es nicht darum, Rassismus und Antisemitismus gleichzusetzen – denn es gibt unbestreitbar wesentliche Unterschiede. Es geht uns erst recht nicht darum, den Antisemitismus Ahmadinejad und weiterer Teile der iranischen Führung und Bevölkerung mit dem antimuslimischen Rassismus, der von Teilen der israelischen Regierung und Bevölkerung propagiert wird, gleich zu setzen. Wir wollen aber festhalten, dass auch die Militarisierung dieses Konfliktes auf beiden Seiten die reaktionärsten Tendenzen stärkt. Dass Teile der Linken sich wahlweise auf antisemitische oder rassistische Zuspitzungen einlassen, ist erschreckend. Zu den antisemitischen Tendenzen von Teilen der Linken und der Friedensbewegung haben wir ja bereits weiter oben etwas geschrieben. Es ist uns noch niemand untergekommen, der die iranische Führung verteidigt – es soll auch solche Leute geben, doch diese Positionierung an der Seite einer religiösen Diktatur scheint uns so offensichtlich antiemanzipatorisch, dass wir es nicht für nötig halten ihr hier argumentativ zu widersprechen. Deshalb führen wir nicht weiter aus, weshalb die Positionierung an der Seite der islamischen Republik Iran nicht emanzipatorisch ist. Darum wollen wir an dieser Stelle hauptsächlich

»Um Antisemitismus bekämpfen zu können hilft es aber nicht, undifferenziert all denen, die Widerstand gegen israelische Kriegspolitik leisten, Antisemitismus vorzuwerfen.«

den Teilen der Linken, die aufgrund ihrer Positionierung an der Seite Israels notwendiger Weise wichtige Aspekte des Konfliktes ausblenden, widersprechen. Dazu werden wir einige Aspekte, die in Diskussionen immer wieder auftauchen, etwas ausführlicher behandeln und versuchen die zur Legitimierung von Krieg verbreiteten vermeintlichen Eindeutigkeiten und vereinfachten Lösungen zu dekonstruieren.

Des öfteren wird Israel – erschreckend ähnlich wie in antisemitischen Denkweisen – mit den Jüdinnen und Juden gleichgesetzt So wird die erwähnte, notwendige Einheitlichkeit der Kriegspartei auf deren Seite man Position bezieht, konstruiert. Alle historischen und gesellschaftlichen Widersprüche, die es zu und innerhalb Israels gibt, fallen der Vereinfachung zum Opfer. Weder jüdische Kommunist_innen und Partisan_innenverbände während des 2. Weltkrieges, die weder wehrlos waren noch sich einen kapitalistischen Staat gewünscht haben, passen ins Bild, noch die tief greifenden Konflikte innerhalb der israelischen Gesellschaft. Dass 20% der Menschen in Israel keine Jüdinnen und Juden sind und Israel ein laizistischer Staat ist, bleibt ebenso unerwähnt, wie die Positionen linker und emanzipatorischer Kräfte in Israel. Es gibt in Israel antimilitaristische Gruppen und Kriegsgegner_innen, es gibt religiöse Fundamentalisten, die u.a. versuchen, Geschlechtertrennung in allen öffentlichen Bereichen durchzusetzen und linke, laizistische Bestrebungen, die dies bekämpfen, es gibt seit letztem Sommer eine riesige soziale Bewegung, die gegen Mietsteigerungen und Gentrifizierung und für Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums kämpft – um nur ein paar der aktuellen Auseinandersetzungen innerhalb israelischen Gesellschaft zu erwähnen. Die Positionen der israelischen Regierung, auf deren Seite sich Teile der deutschen Linken schlagen, ist in diesen Konflikten keine fortschrittliche. Wie in allen Staaten werden linke Bewegungen mit polizeilichen, geheimdienstlichen und juristischen Mitteln bekämpft.

Wir werden uns nie anmaßen, jüdischen Menschen vorzuwerfen, dass sie aus der historischen Erfahrung der Shoa den Schluss ziehen, Israel sei der einzige Garant für ihre Sicherheit. Doch im Kampf gegen den Antisemitismus ist nichts gewonnen, wenn deutsche Linke die Bevölkerung mit dem Staat Israel gleichsetzen, die Widersprüche innerhalb der israelischen Gesellschaft ignorieren und die reaktionärsten Positionen, die innerhalb Israels vertreten werden, übernehmen.

Unser Interesse gilt den Positionen derjenigen Menschen in Israel, die für emanzipatorische Veränderungen kämpfen. Unsere Solidarität gilt ihren Kämpfen und nicht einer reaktionären Regierung.

Damit die bedingungslose, gegen jede Kritik erhabene Solidarität mit dem israelischen Staat und die Kriegsbefürwortung, die in linken Kreisen ja nicht so einfach zu vertreten sind, als linke Positionen daher kommen können, muss aber nicht nur die Einheitlichkeit der israelischen bzw. innerhalb dieser Konstruktion jüdischen Position, konstruiert werden, sondern auch die einheitliche Böshaftigkeit der Gegner_innen.

Die Konstruktion eines Bildes, in dem die Feinde Israels einheitlich als Vertreter_innen eines eliminatorischen Antisemitismus gezeichnet werden, hilft weder den Konflikt zu verstehen, noch den Antisemitismus vieler Feinde Israels erkennen und bekämpfen zu können. Denn der Antisemitismus einiger Feinde Israels ist nicht zu unterschätzen und soll nicht im geringsten verharmlost werden. Um ihn bekämpfen zu können hilft es aber nicht, undifferenziert all denen, die Widerstand gegen israelische Kriegspolitik leisten, Antisemitismus vorzuwerfen. Wenn man sich die Verhältnisse anguckt, wird man feststellen, dass es auch sehr viele Menschen gibt, die die israelische Politik bekämpfen und keine antisemitischen Motivationen haben. Wir zitieren an dieser Stelle einen längeren Ausschnitt des Gaza Youth Manifests von Ende 2010, weil er unserer Meinung nach eine solche Position darstellt.

„Fuck Hamas. Fuck Israel. Fuck Fatah. Fuck UN. Fuck UNRWA. Fuck USA! Wir sind es Leid in diesem politischen Kampf gefangen zu sein. Wir sind es Leid als Terroristen dargestellt zu werden, als hausge-

machte Fanatiker mit Sprengstoff in den Taschen und dem bösen Blick in unseren Augen. Wir leben wirklich einen Alptraum in einem Alptraum. Es ist schwierig Worte für den Druck zu finden, der auf uns lastet. Wir überlebten knapp die Operation „Gegossenes Blei", als Israel wirkungsvoll die Scheiße aus uns heraus bombardierte, viele Tausend Wohnhäuser zerstörte und noch mehr Leben und Träume. Israel konnte die Hamas nicht beseitigen, wie sie vorhatte, aber sie haben uns für immer in Angst versetzt und jedem ein Trauma verursacht, weil es keinen Ort gab, an den man sich flüchten konnte.

Während der letzten Jahre tat die Hamas alles um unsere Gedanken, Verhaltensweisen und Sehnsüchte zu kontrollieren. [Sie hat] sich in unserer Gesellschaft wie ein bösartiges Krebsgeschwür ausgebreitet, das alle Zellen, Gedanken und Träume tötet und die Menschen mit seinem Terrorregime lähmt. Nicht zu vergessen das Gefängnis in dem wir leben, ein Knast der uns von einem so genannten demokratischen Land [Israel] aufgezwungen wurde. Hier in Gaza haben wir Angst davor eingesperrt, verhört, geschlagen, gefoltert, bombardiert, getötet zu werden.

Wir wollen nicht hassen, wir wollen nicht all diese Gefühle fühlen, wir wollen keine Opfer mehr sein. Genug! Genug Schmerz, genug Tränen, genug Leiden, genug Kontrolle, Einschränkungen, falsche Rechtfertigungen, Terror, Folter, Entschuldigungen, Bombardierungen, schlaflose Nächte, tote Zivilisten, schwarze Erinnerungen, düstere Zukunft, herzzerreißende Gegenwart, gestörte Politik, fanatische Politiker, religiöser Bullshit, genug Inhaftierungen! Wir sagen Stopp! Das ist nicht die Zukunft die wir wollen! Wir wollen drei Dinge. Wir wollen frei sein. Wir wollen leben. Wir wollen Frieden. Ist das zu viel verlangt?"

Wohl kaum.

Selbst die religiösen Fanatiker, die den Iran regieren, sind nicht als Einheit zu verstehen. Zunächst hilft es zum Verständnis der Verhältnisse im Iran reichlich wenig in bester Bildzeitungsmanier Ahmadinejad einfach nur als irren Antisemiten zu sehen. Wie jede_r Antisemit_in ist zwar auch Ahmadinejad von irrationalen Projektionen besessen, doch hat sein Antisemitismus gleichzeitig auch eine rationale Funktion. Die Zeitpunkte zu denen er seine Hasstiraden loslässt, verdeutlichen, dass es immer auch um die Ablenkung von innenpolitischen Widersprüchen und die Stärkung des Nationalismus durch einen konstruierten äußeren Feind geht. Die Pathologisierung politischer Gegner_innen ist lediglich Teil der Entmenschlichung und damit Kriegsvorbereitung.

Gleichzeitig gibt es selbst innerhalb der Führungsclique im Iran deutliche Unterschiede. Der oberste religiöse Führer des Iran, Khameini, erklärt als Reaktion auf Achmadineschads Leugnung der Shoa, dass es am Holocaust und am grausamen Unrecht, das die Europäer den Juden angetan haben, keinen Zweifel geben dürfe. Der schiitische Islam iranischer Prägung erkennt die jüdische Religion als eine Religion des Buches an und stellt sie deshalb unter Schutz. Die iranische Verfassung garantiert Juden und Jüdinnen eine eigene politische (parlamentarische) Repräsentation und die Ausübung ihrer Religion und Kultur. Alleine in Teheran gibt es über 20 Synagogen, von denen 11 noch genutzt werden und auch sonst gibt es im Iran relativ viele jüdische Einrichtungen. Die 25.000 – 35.000 iranischen Juden und Jüdinnen können ihre Verwandten in Israel ebenso besuchen, wie umgekehrt nach Israel Ausgewanderte ihre alte Heimat besuchen können.

Mit all dem wollen wir nicht den Antisemitismus im Iran verharmlosen, aber feststellen, dass es ein Vergleich mit dem eliminatorischen Antisemitismus des deutschen Nationalsozialismus nicht nur unangebracht ist, sondern sogar indirekt die Shoa relativiert Es ist traurig zu sehen, wie kriegerisch zugespitzte Dualismen nicht nur die Sicht auf die reale Situation vernebeln, sondern auch die historische Einmaligkeit der Shoa und der nationalsozialistischen Verbrechen relativieren.

Kein Krieg gegen Israel – Kein Krieg gegen den Iran!

Wir weigern uns, innerhalb einer konstruieren, bipolaren Logik, zu Gunsten Israels oder des Iran Position zu beziehen und einen Krieg gut zu heißen. Es ist kein Geheimnis, dass das Interesse von Staaten immer ihr jeweiliger Einfluss ist. Daraus zu schließen, dass jede Kriegsplanung und -führung ausschließlich

wirtschaftlichen Interessen dienen, wäre allerdings viel zu kurz gegriffen.

So wäre es reichlich verfehlt, Israel den Griff nach dem iranischen Öl und Gas zu unterstellen. Auch die iranische Führung wäre reichlich schlecht beraten, wenn sie sich von dem Aggressionskurs gegen Israel ökonomische Vorteile erhoffen würde. Schon die Sanktionen aufgrund des Nuklearprogrammes, die von der EU und den USA verhängt wurden, haben dazu geführt, dass die iranische Währung massiv an Wert verliert und lebenswichtige Produkte wie Treibstoffe (der Iran hat zwar Öl aber zu wenige eigene Raffinerien) uvm. knapp werden. Die iranische Regierung wird abwägen müssen, wie hoch der Preis für die äußere Unangreifbarkeit, die sie sich von dem Besitz von Atomwaffen verspricht, sein kann. Denn wirtschaftlich führt dieser Kurs, bei sowieso schon großen ökonomischen Problemen, gerade ins Desaster und könnte auch zu weiteren Aufständen der Bevölkerung führen. Andererseits kann sie Teile der Bevölkerung mit Verweis auf die Sanktionen über ihre Unfähigkeit wirtschaftliche Probleme (wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit) zu lösen, hinwegtäuschen. Dabei dient die Konstruktion einer Verschwörung von äußeren Feinden unter der Leitung von Zionisten nicht zuletzt der Stärkung nationalistischer Positionen und soll innere Widersprüche, wie die Massenproteste nach dem Wahlbetrug 2009, verdecken bzw. mundtot machen. Dies und vor allem die massiven Verschlechterungen der Lebensbedingungen der Menschen im Iran, die zunehmend keinen Zugang zu lebenswichtigen Produkten haben oder sie sich nicht mehr leisten können, spricht für uns eindeutig gegen die Sanktionen. Die iranische Bevölkerung wird für die Aggressionspolitik der Führung, die sie nicht mal gewählt hat, bestraft. Wenn man sich zudem vor Augen hält, dass z.B. Siemens trotz der Sanktionen – nach dem Aufstand 2009 – massiv Technologie zur Überwachung Oppositioneller an den Iran liefern konnte, wird offensichtlich, dass auch dieses Mittel der Einflussnahme durch die sog. westliche Staatengemeinschaft, nach Interessenlage erfolgt und nicht einem fortschrittlichen Ziel dient. Nun geht es der israelischen Regierung bei den Kriegsdrohungen gegen den Iran tatsächlich vor allem darum, die nukleare Bewaffnung des Iran zu verhindern. Sie will Israel und seine Stellung als einzige Atommacht in der Region verteidigen. Doch eine weitere kriegerische Eskalation wird für die Menschen auf allen Seiten schreckliche Folgen haben und emanzipatorische Bestrebungen in allen beteiligten Ländern nachhaltig schwächen. Damit meinen wir ausdrücklich auch die Menschen in Israel.

Wenn wir uns als emanzipatorische Linke politische Handlungsoptionen erarbeiten wollen, können wir nicht auf die Positionen von Staaten setzen, sondern werden mit den Leuten vor Ort in Kontakt treten müssen. Diejenigen, die Sanktionen oder sogar einen Krieg gegen den Iran gutheißen, müssen sich fragen lassen, wieso sie sich denn nicht für eine Stärkung der iranischen Opposition stark gemacht haben oder wenigstens jetzt damit anfangen. Die Schwächung bzw. der Sturz der iranischen Diktatur durch den Widerstand der Bevölkerung würde nicht nur der Emanzipation der Iranerinnen dienen, sondern auch weitere kriegerische Eskalationen in der gesamten Region unwahrscheinlicher machen. Gleiches gilt übriges für die Unterstützung der Aufständischen in Syrien. Wenn Assads Regime, als einer der letzten Verbündeten des Irans, gestürzt würde, wäre nicht nur die syrische Bevölkerung ihren Despoten los, sondern auch die Position der iranischen Führung in der Region wäre nachhaltig geschwächt.

Die Welt ist keine Scheibe – man kann über den Rand gucken ohne herunter zu fallen

Wer sich den vereinfachten Weltbildern und ihren Dualismen anschließt, fällt allen um Emanzipation kämpfenden Menschen in Israel, im Iran in den palästinensischen Gebieten und allen weiteren Kriegsschauplätzen in den Rücken. Es ist kaum zu ertragen, mit welcher Leichtigkeit sich Teile der Linken Ideologien der Ungleichheit zu eigen machen und staatlichen Positionen bis hin zur Kriegsbefürwortung anschließen. Es spricht nicht für eine emanzipatorische Haltung über statt mit den Menschen zu reden, die im Falle weiterer kriegerischer Eskalation die Leidtragenden sein

»Wenn wir uns als emanzipatorische Linke politische Handlungsoptionen erarbeiten wollen, können wir nicht auf die Positionen von Staaten setzen, sondern werden mit den Leuten vor Ort in Kontakt treten müssen.«

werden. Möglichkeiten, die Verhältnisse und verschiedene Positionen von Menschen in den einzelnen Ländern besser einschätzen zu können, gibt es genügend. Übers Internet lassen sich die verschiedensten Positionen aus den einzelnen Ländern nachvollziehen. Wer will kann sich ohne all zu viel Aufwand auch abseits der bürgerlichen Medien und beidseitiger Kriegspropaganda informieren oder selbst Kontakt zu Menschen vor Ort aufnehmen. In allen hier genannten Ländern gibt es linke Gruppen, die zum Teil auch viel veröffentlichen. Auch hier in der BRD gibt es sowohl Angriffspunkte für direkte Interventionen, wie z.B. Firmen, die den Iran oder Syrien mit Herrschaftstechnologie beliefern, als auch Möglichkeiten der Kontaktaufnahme – zum Beispiel iranische und syrische Linke mit denen wir uns vernetzen könnten.

Wir kommen zum Ende, obwohl unser Text an einigen Stellen offensichtliche Mängel hat. Argumentationen könnten an einigen Stellen weiter ausgeführt werden, an anderen Stellen gibt es inhaltliche Brüche.

Doch jeder Versuch, der Komplexität der Verhältnisse in einem kurzen Text gerecht zu werden, ist zum Scheitern verurteilt. Denn genauso, wie die Eins die Summe unendlich vieler anderer Zahlen ist, ist auch die Realität die Summe (nahezu) unendlich vieler Zusammenhänge. Deshalb geht es uns nicht darum, die perfekte Kritik zu finden oder eine gegen alle Widersprüche abgesicherte Argumentation darzulegen, sondern erstmal nur darum, eben diese Komplexität aufzuzeigen und gegen die Vereinfachung zu argumentieren. Wir hoffen, wir konnten einige Denkanstöße geben und freuen uns über Kritiken, die sich weder an einzelnen Formulierungsschwächen abarbeiten, noch uns der Einfachheit halber innerhalb einer bipolaren/kriegerischen Logik angreifen.

Wir stellen zum Schluss eine kleine Auswahl von Links zur Verfügung. Wir teilen sicher nicht alle Positionen, die in den von uns empfohlenen Lesetipps vertreten werden und sicher gibt es noch sehr viel mehr Lesenswertes. Aber um eigene Positionen zu entwickeln, die der Komplexität der Verhältnisse gerecht werden, ist es notwendig, sich wenigstens für die Positionen unterschiedlicher Akteur_innen zu interessieren.

Temporäre autonome Zelle

Links:

Jüdische Gemeinde im Iran:
http://www.iranjewish.com/English.htm

Anarchists against the wall:
http://www. awalls. org

Sammelseite verschiedener linker Organisationen und Gruppen in Israel:
http://israeli-left-archive.org

Matzpen/ Marxisti Israel:
http://www.matzpen.org

Israelisch-Kurdisches Netzwerk (lange nicht aktualisiert):
http://israelkurdistannetwork.blogspot.com

Nationalen Widerstandsrates Irans (NWRI) – Auswärtiger Ausschuss:
http://www.ncr-iran.org/de/

Mission free working for freedom & equality in iran:
http://missionfreeiran.org

Politische Gefangene im Iran:
http://www.iranpoliticalprisoners.org

Local Coordination Commitees Syria:
http://wwwlccsyria.org

Den syrischen Frühling unterstützen:
https://www.adoptrevolution.org

Nachrichten und Hintergründe rund um den Nahen und Mittleren Osten:
http://www.alsharq.de

Rechercheblog zu den Aufständen im arabischen Raum:
http://uprising.blogsport.de

Camps 2012

Auch in diesem Sommer finden wieder zahlreiche linksradikale Camps statt. Wir listen hier eine kleine Auswahl davon auf.

No Border Camp in Stockholm, Schweden, 17. bis 24. Juni
Bei dem antirassistischen No Border Camp in Stockholm wird es direkte Aktionen gegen die Grenz- und Sicherheitspolitik geben.

http://www.noborderstockholm.org

Boats 4 People zwischen Sizilien und Tunesien, 5. bis 15. Juli
Zeitgleich mit dem Maghrebinischen Sozialforum soll es zwischen Sizilien und Tunesien verschiedene Protestaktionen und ein Monitoring geben.

http://www.boats4people.org

No Border Camp in Düsseldorf/Köln, 13. bis 22. Juli
In Köln & Düsseldorf soll es dsarum gehen, sich gemeinsam und in verschiedenen Formen mit (Sammel-)Abschiebungen, Frontex, Antiziganismus, Alltagsrassismus und rechten Diskursen zu beschäftigen und Widerstand zu leisten.

http://noborder.antira.info

Antifa Working Camp Ravensbrück, 14. bis 21. Juli
Das Camp versteht sich als eine antifaschistische Initiative. Auf dem Camp soll es darum gehen sich mit den Verbrechen der Nazis auseinanderzusetzen, ihre Vorgehensweisen zu interpretieren und die notwendigen Schlüsse für unsere heutige Gesellschaft zu ziehen.

http://www.antifa-ravensbrueck.de

Rebellisches Zusammentreffen im Wendland 25. Juli bis 1. August
Das wird organisiert von Rebell_innen aus dem Wendland und vom Ya-Basta-Netz , einem Netzwerk von Menschen, die sich – inspiriert von den Zapatistas in Mexiko – auf unterschiedlichste Weise für eine Veränderung von links und unten einsetzen, oder anders gesagt: ein Netz für Solidarität und Rebellion.

http://rebellisches.noblogs.org/

Linksradikales Jugendcamp in der Region Bremen, 26. bis 29. Juli
http://www.oldenburg-nazifrei.tk

Break Isolation Camp in Thüringen, 23. August bis 2. September
In Thüringen soll es im August ein größeres Aktions-, Bildungs- und Diskussionscamp gegen Flüchtlingslager geben. Es soll ein Ort sein, in dem die Solidarität durch Erfahrungsaustausch und gemeinsame Aktionen gestärkt wird.

http://breakisolation.blogsport.de

Antifa Camp in Dortmund, 24. August bis 2. September
Ein Ziel des bundesweiten Antifacamps soll die Verhinderung des Neonaziaufmarsches am 1. September und deren Mobilisierung zuvor in den „Nationalen Aktionstagen". Während des Camps wird es verschiedene antifaschistische Aktionen in den Stadtteilen und inhaltliche Workshops geben.

http://antifacamp.org

„War starts here"-Camp am Gefechts-Übungs-Zentrum (GÜZ) Altmark, 13. bis 16. September
Diskussionen, Vernetzungen und Aktionen gegen Militarismus und die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft werden die vier Tage des Aktionscamps füllen.

http://warstartsherecamp.org

Aktion gegen die Deutsche Bank und die EUropäische Krisenpolitik – Für internationale Solidarität von unten –

10. Mai :: 16 Uhr :: Lefferseck

Gemeinsame Fahrt zur Mahn- und Gedenkveranstaltung in Esterwegen

Am Samstag, den 12. Mai 2012 findet zum 67. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus von der „Deutsch-Niederländischen Initiative 8. Mai" auf dem Friedhof Bockhorst/ Esterwegen eine Mahn- und Gedenkveranstaltung statt.

Wir möchten in diesem Jahr wieder mit vielen Leuten von Oldenburg aus zur Gedenkveranstaltung fahren.

Ihr erhaltet die kostenlosen Busfahrkarten für die Fahrt im Infoladen *Roter Strumpf* im Alhambra und im AStA der Carl von Ossietzky Universität.

Die Abfahrt: - 13:00 Uhr am Alhambra (Hermannstr. 83)
- 13:30 Uhr an der Uni (Uhlhornsweg)

Die Rückfahrt: ca. 16.30 Uhr

Kontakt:
infoladen-roterstrumpf@riseup.net
www.infozentrum-oldenburg.de

Unterstützt vom:

mai

Fr.	4.5.	22:00	Mash up di place
Sa.	5.5.	22:00	LesBiSchwule Mottoparty ‚Die 100ste-Party – 15 Jahre Mottoparty'
So.	6.5.	20:00	Film: Louise hires a Contract Killer
Di.	8.5.	20:30	Esoterik in der Kritik – Ein Votrag von Peter Bierl
Mi.	16.5.	23:00	Ein psychedelisch Maskenball – Einlass nur in 60er/70er-Outfit
Fr.	18.5.	21:00	Kneipenparty
Sa.	19.5.	22:00	MÄNNERfabrik
So.	20.5.	20:00	Film: XXY
Di.	22.5.	20:30	Buchvorstellung: „Antifa – Geschichte und Organisierung"
Sa.	26.5.	23:00	Rosa Disco

juni

Sa.	2.6.	22:00	Homophilias – Party für Lesben und Schwule
So.	3.6.	20:00	Film: Persepolis
Fr.	8.6.	22:00	Mash up di place
Sa.	9.6.	22:00	Crush Hour Concerts: Ruin Nation Soli-Festival
Sa.	16.6.	22:00	MÄNNERfabrik
So.	17.6.	20:00	Film: Itty Bitty Titty Committee
Fr.	22.6.	22:00	Hempels meets Alhambra (Kneipe)
Sa.	30.6.	23:00	Rosa Disco

monatlich

1. Mi.	20.00	FrauenLesbenTransKneipe
3. Mi.	21.00	Punkkneipe
2. Fr.	20.30	NutzerInnenplenum

wöchentlich

Mo.	20.30	Antifa-Cafe
Mi.	20.00	Theatergruppe
Do.	18:00	Action Samba Band, RoR
Do.	20.00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21.00	Oldenburger Rechtshilfe

infoladen roter strumpf

Mo.	17 - 19 Uhr
Di.	16 - 19 Uhr
Do.	18 - 21 Uhr
Fr.	16 - 19 Uhr